



Beiträge zur Geschichte der  
Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt  
Heft 8

## **„Prinzip Ferdinand Lasalle“**

Historische Kommission  
des SPD-Landesverbandes  
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)



## Inhalt

Dr. Andreas Schmidt und die Historische Kommission	
Vorwort .....	3
Ralf Schade	
Die „Traditionspflege“ der Märzkämpfe 1921 bis in unsere Tage .....	5
Dr. Andreas Schmidt	
Heinrich Deist – Schriftsetzer, Sozialdemokrat, Ministerpräsident.....	25
Ralf Mattern	
Hauptfeind SPD? Nicht für alle Kommunisten.....	32
Silke Jauck	
Gustav Richard Völkel – Spurensuche zu einem SPDler Mitteldeutschlands.....	34
Dr. Andreas Schmidt	
Fahne in Droyßig .....	49
Dr. Rüdiger Fikentscher	
25 Jahre SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt .....	51
Rainer Löhr	
Magdeburger Sozialdemokraten, an die mit der Benennung von Straßen oder öffentlichen Einrichtungen erinnert wird .....	58

V.i.S.d.P.:  
SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt  
Historische Kommission  
Bürgerstr. 1  
39104 Magdeburg  
[www.spd-sachsen-anhalt.de](http://www.spd-sachsen-anhalt.de)



## Vorwort

Das vorliegende Heft zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt ist bereits das achte. Die Reihe ist damit selbst zu einem Stückchen Tradition unseres Landesverbandes geworden. Die Arbeit an Heften führt seit mehr als anderthalb Jahrzehnten Genossinnen und Genossen unseres Landesverbandes in der Historischen Kommission zusammen. Auch in diesem Heft finden sich wieder Beiträge aus allen Teilen Sachsen-Anhalts.

Rainer Löhr hat die Biographien einer Reihe von Magdeburger Sozialdemokraten beleuchtet, denen in der Stadt Straßennamen gewidmet sind. Ralf Schade, der Leiter des Stadtarchivs Leuna beschreibt wie die Gräber von 1921 bei den Märzkämpfen im Leunawerk getöteten Teilnehmer des Aufstands zum Ort einer Legendenbildung wurden, die bis heute fortwirkt. Viele Genossinnen und Genossen haben sich gewünscht, die Rede, die der langjährige Vorsitzende der Historischen Kommission, Rüdiger Fikentscher aus Anlass des 25. Jahrestages der Gründung unseres Landesverbandes im August 2015 in Quedlinburg gehalten hat im Text erhalten zu können. In diesem Heft ist sie abgedruckt.

Im kommenden Jahr soll die Suche nach den Spuren des Lebens von Richard Völkel, auf die seine Urenkelin Silke Jauck sich begeben hat, in Buchform erscheinen. Vorab hat sie uns freundlicherweise schon einmal auf die Reise durch das Leben des Droyßiger Sozialdemokraten mitgenommen. Silke Jaucks Forschungen haben die Historische Kommission und Genossinnen und Genossen aus dem Burgenlandkreis einen bewegenden Moment zu verdanken.

Am 21. Dezember 2016 standen wir in der Heimatstube des Heimatvereins Droyßig um die Fahne der ADAV-Gruppe Droyßig von 1869 – eine der ältesten erhaltenen Fahnen der deutschen Arbeiterbewegung. Den Hinweis auf die Fahne gab und Silke Jauck.

Ralf Mattern erzählt eine Geschichte über den Übertritt kommunistischer Stadträte in Wernigerode zur SPD im Jahr 1927. Schließlich rufen am Vorabend seines 55. Todestags Heinrich Deist in Erinnerung. Die Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten aus Dessau-Roßlau pflegen seit Jahren die Grabstätte des langjährigen anhaltischen Ministerpräsidenten auf dem Friedhof in Mosigkau.

Viel Spaß beim Lesen

Dr. Andreas Schmidt

für die Historische Kommission, die allen Interessierten offen steht.

Halle, im Dezember 2017

## **Die „Traditionspflege“ der Märzkämpfe 1921 bis in unsere Tage**

Die Vorträge und Verlautbarungen von Andreas Schmidt zu den Märzkämpfen lösten 2013 mächtige Kontroversen in der Merseburger Region aus. In der öffentlichen Diskussion dieser Problematik vertrat in der MZ und dem Leunaer Stadtanzeiger die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer vehement der DDR-Standpunkt unabhängig der Parteizugehörigkeit. Die Beschwerdeführer sahen die damaligen Märzkämpfer als „arme Schweine“, die nur für ein besseres Leben kämpfen wollten. Er wird vergessen, dass am Standort bereits zur damaligen Zeit ein überdurchschnittliches Sozialniveau herrschte. Zu nennen seien nur die Werkswohnungen in Form von Einfamilienhäusern oder die kostenlose Behandlung im Betriebsambulatorium. Die Aufstandsteilnehmer waren Werksfremde. Die Märzkämpfe liefen über die Osterfeiertage 1921 und die Stammarbeitskräfte waren in ihrer Heimat, im Rheinland. Die Beschwerdeführer wollten 2013 immer noch nicht wahrhaben, dass die Märzkämpfe ein terroristischer Akt waren, der sogar bei Lenin auf heftige Kritik stieß.<sup>1</sup> Daran ändert auch das „Herankarren“ tausender Arbeitskräften zu DDR-Zeiten zu den Gedenkveranstaltungen nichts.

Die Märzkämpfer wollten die erste freiheitlich-demokratische Grundordnung, die eine frühe Wurzel der Bundesrepublik Deutschland war, vernichten und die Diktatur des Proletariats errichten. Zur Behandlung der Märzkämpfe gehört auch die Art und Weise des Andenkens an die Opfer bis in unsere heutigen Tage. Die Probleme begannen schon in den Tagen nach der Niederschlagung des Aufstandes und der Beerdigung der Toten. Jede Gemeinde musste die auf ihrem Gebiet Verstorbenen beerdigen. Einen kommunalen Friedhof gab es damals noch nicht. Die Friedhöfe in den Dörfern Leuna-Ockendorf-Rössen, Göhlitzsch, Daspig und Kröllwitz waren in der Hand der evangelischen Kirche. Nur in Kröllwitz gab es Probleme bei der Beisetzung. Der Kröllwitzer Pfarrer Reinstein machte die Beerdigung zum Problem. Er vertrat die Meinung, dass die Aufständischen Kriminelle wären, die nicht auf einen Kirchenfriedhof gehören. Deshalb ließ er sie außerhalb der Friedhofsmauern am Gänseanger begraben.<sup>3</sup>

In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1921 hatten Unbekannte auf den Gräbern der fünf Aufständischen einen Kranz mit einer großen roten Schleife niedergelegt.<sup>4</sup>

Von diesem Zeitpunkt an kam es jährlich zu Aktionen an den Gräbern am Gänseanger. Im März 1922 zog die KPD mit ihren Anhängern in sechs Marschsäulen: Leuna-Ockendorf, Rössen, Göhlitzsch, Daspig, Dürrenberg und Spergau nach Kröllwitz. 2.000 Menschen nahmen an der Aktion teil.

Das Direktorium der Leuna-Werke sah durch solche Aktionen den Betriebsfrieden am Standort gefährdet und die unwürdige Beerdigung auf dem Gänseanger als Grund für künftige Unruhen. Auf der anderen Seite ließ Pfarrer Reinstein auch nicht mit sich reden, um Abhilfe zu schaffen. Das Leuna-Direktorium trat nun an den Merseburger Regierungspräsident Dr. Karl Bergemann (1878-1949) von der SPD heran. Der Regierungspräsident widmete die Fläche mit den Gräbern am Gänseanger zum „ordentlichen Friedhof in der Aue“ um.<sup>6</sup>

Am 10. März 1923 ist es der Leunaer Polizei gelungen, ein Exemplar des „Klassenkampfes“ zu beschlagnahmen. Darin riefen einige Kommunisten, die im Rahmen der Märzkämpfe inhaftiert waren, zu einer „wichtigen Kundgebung zu Ehren der Toten von Leuna“ auf. Die Leunaer Polizisten nahmen sofort ihre Ermittlungen auf und teilten am 14. März 1923 ihre Bedenken dem Merseburger Landrat mit:

*„1. Die Friedhöfe der drei Gemeinden sind für den Bedarf von ganz kleinen Dorfgemeinden angelegt. Leuna hatte 1916 292, Rössen 168 und Göhlitzsch 126 Einwohner. Der Umfang der Friedhöfe ist sehr bescheiden. Sie liegen entweder, wie der Friedhof von Leuna, ganz inmitten des Ortes, nur durch eine enge Sackgasse zugänglich, oder aber sie haben zwar eine freie Seite, wie der Friedhof von Rössen und Göhlitzsch. Diese freien Seiten sind jedoch durch Mauern abgeschlossen, durch die nur eine schmale Nebenforte führt. Die Haupteingänge sind in allen Fällen durch die engen Dorfstrassen zu nehmen. Die Friedhöfe sind alle fast voll belegt und haben nur ganz schmale Innenwege.*

*Für größere Menschenmassen ist ein geordneter An- und Abmarsch nach den Friedhöfen wegen der schmalen Zugangswege und Friedhofspforten nicht möglich. Die Aufstellung solcher Massen auf den Friedhöfen selbst ist bei deren räumlicher Beschränktheit ganz ausgeschlossen. Ein Versuch, auch nur wenig über hundert Menschen auf den Friedhöfen aufzustellen, würde zu schweren Beschädigungen der Grabanlagen führen....*



2. Der Besuch der Friedhöfe soll in den Vormittagsstunden des Sonntags stattfinden. Sämtliche 3 Friedhöfe sind, wie der beigefügte Plan erkennen lässt, unmittelbar um die Kirche angelegt. Am Sonntag Vormittag findet in allen Kirchen Gottesdienst statt, in der Kirche von Rössen, die von der evangelischen Kirchengemeinde und den katholischen Gläubigen gemeinschaftlich benutzt wird, sogar mehrmals abwechselnd hintereinander. Die Kundgebung auf den Friedhöfen wird also zeitlich mit dem Gottesdienst zusammen fallen und zu Störungen desselben führen.

Es steht zu erwarten, dass die bestehenden Weltanschauungsgegensätze zu Reibungen grösseren oder geringeren Umfangs führen.

3. Die von dem Zuge berührten Ortschaften Leuna, Rössen und Göhlitzsch sind von einer rein ländlichen Bevölkerung bewohnt, nachdem der Bau des Ammoniakwerkes Merseburg erst im Jahre 1916 in einer rein ländlichen Gegend begonnen wurde. Der Gegensatz zwischen ländlicher Bevölkerung und Industriearbeiterschaft hat sich durch die vielen Beschwerden, welchen die Landwirte ausgesetzt waren, gerade in diesen Gemeinden sehr vertieft. Ich erinnere nur an die vielen Felddiebstähle, Viehdiebstähle und die Flurbeschädigungen dadurch entstanden, dass ganze Arbeiterkolonnen neue breite Wege durch die bestellten Fluren traten. Man denke nur daran, dass das Ammoniakwerk Merseburg und die bei ihm beschäftigten Baufirmen zeitweilig schon 23.000 Menschen beschäftigt haben. Die Arbeiterbevölkerung ihrerseits wiederum sieht in den Landwirten die Verteuerer des Brotes und Diejenigen, die Milch- und Kartoffelpreise in die Höhe treiben.

Es ist zu befürchten, dass auch aus diesen hier besonders bestehenden Gegensätzlichkeiten mehr oder minder schwere Reibungen entstehen.

4. Der Aufmarsch ist durch die Kolonie Neurössen geplant. Die von 2 962 Arbeitern, Angestellten und Beamten bewohnte Kolonie Neurössen ist offenbar das Ziel des Demonstrationzuges. Das Programm der Friedhofsbesuche hört nämlich mit dem Besuche des Friedhofes von Göhlitzsch, des nächsten unmittelbar hinter der Kolonie Neurössen gelegenen auf. Gerade auf den Friedhöfen von Daspig, Cröllwitz, Spergau und Kirchfärendorf ist aber die grössere Anzahl von den Gefallenen, nämlich 18 von 25 beerdigten. Der Durchmarsch durch die Kolonie Neurössen kann sowohl auf der in der Hauptsache von Arbeitern bewohnten Merseburgerstraße erfolgen, als auch durch die mit Beamten und Angestellten besiedelten Viertel. Gerüchtweise verlautet, dass der Umzug durch die sämtlichen Straßen der Kolonie geplant ist. Jedenfalls aber ist die Benutzung des einen Weges auf dem Hinwege,

*des anderen Weges auf dem Herwege vorgesehen. Wird der Weg durch die Beamtenviertel gewählt, so führt er an den Wohnungen von Mitgliedern der Werksleitung vorüber.*

*Es ist zu befürchten, dass die Leiter des Demonstrationzuges bei allem guten Willen die Massen oder einzelne Teile derselben nicht davon abgehalten werden können, mehr oder minder gefährliche Torheiten zu begehen, besonders wenn die Gemüter durch die Erinnerung an Vergangenes und durch den Besuch der Gräber erregt sind.*

*5. Man kann sich aber auch des Eindruckes nicht erwehren, dass die Veranstaltung neben dem Zwecke der Totenehrung noch politische und klassenkämpferische Nebenabsichten verfolgt. Auf diese Annahme weist sowohl der Umstand hin, dass seit dem 30. März 1921, dem Tage der Bestattung, bis zum heutigen Tage niemand sich um die Gräber der Gefallenen auf den Friedhöfen gekümmert hat. Weiter aber auch die Tendenz des Aufrufes, dem ähnliche Artikel vorausgegangen sind. Gerade der jetzige Zeitpunkt, wo Arbeitnehmerschaft und Arbeitgeberkreise geschlossen sich zum Endkampfe gegen den Erbfeind des Deutschen Reiches an der Ruhr fertig machen, dürfte der denkbarst ungeeignetste sein, etwa bestehende Gegensätze in Mitteldeutschland besonders erkennbar zu machen.*

*Gegen die geplante Veranstaltung am Sonntag, den 18. März ds. Js. sind darum die grössten polizeilichen Bedenken geltend zu machen.*

*Es wird eindringlichst gebeten, bei den Herrn Oberpräsidenten ein Verbot des Demonstrationzuges erwirken zu wollen und die Durchführung des Verbotes sicher zu stellen.<sup>47</sup>*

Auf diese Meldung hin, musste der Leunaer Zwecksverbandsvorsteher Cornely mit dem Kommunistenführer Koenen den Verlauf der Veranstaltung abstimmen. Am 17. März 1923 teilte Cornely Landrat Guske folgendes Ergebnis mit:

*„Nach Rücksprache mit dem Vertreter der Kreisleitung der Kommunistischen Partei Herrn Köhnen wird der Verlauf des für Sonntag, den 18. ds. Mts. geplanten Demonstrationsumzuges wie folgt vereinbart:*

*Nach der Versammlung in der Funkenburg wird der Abmarsch von da aus durch die Weißenfelserstraße gegen 10 Uhr vormittags erfolgen. Der Zug wird sich bewegen durch die Weißenfelserstraße (Stadtbezirk), Merseburgerstraße (Landkreis) bis Kirchdorf, von hier zurück nach Dürrenberg. Der Amtsvorsteher in Dürrenberg*

ermittelt zusammen mit dem Leiter des Zuges die Teilnehmerzahl; auf Grund dieser Ermittlung wird das Brückengeld nachträglich festgestellt und von der Partei gezahlt. Eine Gedenkrede von ungefähr 10 Minuten Länge wird gehalten am Südausgange der Altgemeinde Rössen. Eine zweite Ansprache von etwa 20 Minuten soll auf dem Pfalzplatz der Kolonie Neurössen gehalten werden. Herr Köhnen erklärt auf wiederholte Vorhaltungen, dass alle Vorkehrungen (Ordnerdienst) getroffen sind, um Ausschreitungen zu verhindern. Herr Koenen setzt dabei voraus, dass Herausforderungen nicht vorkommen werden. Ein kleinerer Teil des Zuges (einige 100 Teilnehmer) wird sich in Cröllwitz oder Fährendorf abzweigen um in Spergau eine Kranzniederlegung vorzunehmen.

Der zugezogene Amtsvorsteher erklärt, dass er sich nicht dazu entschließen kann, seine schweren Bedenken vom sicherheitspolizeilichen Standpunkt aus gegen die ganze Veranstaltung aufzugeben. Ganz besondere Bedenken bestehen nach der Meinung des Amtsvorstehers gegen einen Aufenthalt auf dem Pfalzplatze innerhalb der Kolonie Neurössen. Der Amtsvorsteher weist noch daraufhin, dass der Pfalzplatz im Privateigentum der Leunawerke steht.<sup>48</sup>

Bis 1926 wurden diese Veranstaltungen jährlich in Leuna-Kröllwitz durchgeführt.

1924/25 entstand das Leuna-Lied. Komponist und Texter sind unbekannt. Die KPD veröffentlichte es 1925 in ihrem Sprachrohr ROTE FAHNE. Von diesem Zeitpunkt an, wurde es bei den jährlichen März-Aufmärschen gesungen.

1. Bei Leuna sind viele gefallen,  
bei Leuna floß Arbeiterblut.  
Da haben zwei Rotgardisten  
einander die Treue geschworn.

2. Sie schwuren einander die Treue,  
denn sie hatten einander so lieb.  
Sollte einer von beiden fallen,  
schreibt der andre der Mutter 'den Brief.  
«

4. Und als nun die Schlacht war zu  
Ende  
und sie kehrten zurück ins Quartier,  
da hatt sich so vieles verändert  
er nahm einen Stift und Papier.

5. Und schrieb es mit zitternden  
Händen,  
Er schrieb es mit tränendem Blick:  
Euer Sohn ist vom Stahlhelm  
erschossen,

3. *Da kam ein feindliche Kugel,  
die durchbohrte dem einen das Herz,  
Für die Eltern, da war es ein Kummer  
für den Stahlhelm, da war es ein  
Scherz.*

*liegt bei Leuna, kehrt nie mehr zurück. «  
6. O Stahlhelm, dir schwören wir Rache  
für vergossenes Arbeiterblut.  
Es kommen die Zeiten der Rache,  
dann bezahlt ihrs mit eigenem Blut!«<sup>9</sup>*

Die Gräben am Anger in Kröllwitz machten einen ungepflegten Eindruck. Die KPD beschloss 1926 einen Grabstein aufzustellen. Der Stein, ein Findling, wurde aus Süd-Baden mit der Bahn herantransportiert. Diese Aktion kostete der KPD 959 RM. Diese musste der Parteikassierer Gustav Lieske zusätzlich zum Parteibeitrag einkassieren. Der Merseburger Bildhauer Wehnemann führte die Arbeiten aus, er war KPD-nah. Im oberen Teil des Findlings arbeitete er eine Faust heraus. In der Mitte des Steins wurde die Inschrift: „DEN GEMEUCHELTEN LEUNA-ARBEITERN - DAS MITTELDEUTSCHE PROLETARIAT eingeschlagen. Im unteren Teil standen ein Sowjetstern, die Jahreszahlen 1921 und 1927 sowie die Losung DURCH KAMPF ZUM SIEG.<sup>10</sup>

Die Kommunisten hatten für den Gedenkstein keinen Bauantrag gestellt. In der Nacht vom 24. zum 25. Februar 1927 errichteten einige KPD-Mitglieder unter der Anleitung des Poliers Georg Laichinger das Fundament. Nach Abschluss der Arbeiten tarnten RFB-Kämpfer das Fundament mit alten Ästen, Laub und Heu. Der Stein sollte erst vor der Eröffnung aufgestellt werden.<sup>11</sup>

In jedem Frühjahr fand in den Leunaer Dörfern eine Flurbegehung durch die Volksvertreter statt. Die Abgeordneten meldeten dem Polizisten Peche ihre Entdeckung. Dieser leitete die Info an die politische Polizei weiter. Für diese und ihre V-Männer war die gesamte Situation auch neu. Die Geheimpolizisten gaben die Info an die Leunaer Werksleitung weiter. Daraufhin bestellte der Werksdirektor den Zweckverbandsvorsteher Cornely ein. Der Leiter der juristischen Werksabteilung forderte von Cornely alle Genehmigungen nachträglich von der KPD abzufordern.<sup>12</sup>

Cornely schrieb nun dem KPD-Landtagsabgeordneten Max Lademann (1896-1941) an und lud ihn in die Zweckbandsverwaltung vor. Lademann kam nach Leuna. Der Zweckverbandsvorsteher teilte dem KPD-Mann die Ablehnung des Gedenksteines mit. Die Begründung lautete: die Inschrift sei aufreizend. Man nahm

Anstoß an den Worten „gemeuchelt“ und „Proletariat“. Die Faust sei eine Drohung an die Leuna-Werke und die Losung „Durch Kampf zum Sieg“ habe „eine herausfordernde Wirkung“. Lademann hatte sich aber im Vorfeld seines Besuches in Leuna bei einem Rechtsanwalt zur aktuellen Rechtslage kundig gemacht. Das Fundament des Gedenksteins stand auf Privatgelände und der Staat war hier nicht zuständig. Nur die Gräber und ein Meter breiter Streifen wurden 1923 vom Landratsamt zum kommunalen Friedhof umgewidmet. Der Landbesitzer Bauer Lachmann hat aber der KPD die Fläche für das Aufstellen des Steines zur Verfügung gestellt. Er tat dies nicht, weil er den Kommunisten nahe stand, sondern weil er der Zweckverbandsverwaltung „eins überbacken wollte“. Die Zweckverbandsverwaltung beabsichtigte die fünf Dörfer, aus denen sie bestand, zu entmachten und zur Großgemeinde zu vereinigen. Die Dorfbewohner wussten, dass sie diesen Prozess nicht verhindern konnten, aber sie ließen keine Möglichkeit, aus der Kommunalverwaltung „Knüppel zwischen die Beine zu schlagen“.<sup>13</sup>



Ernst Thälmann erfuhr von den Problemen in Leuna und beschloss am 15.3.1927 zur Einweihung des Gedenksteines nach Leuna zu kommen. Die Feier sollte am 20.3.1927 stattfinden. Die Polizei erfuhr von V-Männern diesen Termin.<sup>14</sup>

Das Direktorium der Leuna-Werke lud für den 18. März 1927 zu einer Einsatzbesprechung in den Bau 24. An der Besprechung nahmen der Leunaer Werkleiter Dr. Erich Dehnel (1876-1938), der Zweckverbandsvorsteher Cornely, Oberlandjägermeister Koppe von der Polizei Leuna, Major Crux und Hauptmann Schlimbach von der Polizei Merseburg, Polizeipräsident Friedrich Oexle (SPD) aus Halle, Kommissar Dubiel von der politischen Polizei und mehrere V-Männer teil. Der

Einsatzstab wies dem Oberlandjägermeister Koppe, den beiden Landjägermeister Franz und Baumann sowie den Landjäger Pankranz spezielle Unterführeraufgaben zu.<sup>15</sup>

Der 20. März 1927 war dann der große Tag. Ernst Thälmann reiste mit der Bahn in Merseburg an. Delegationen aus Merseburg, Bad Lauchstädt, Schafstädt, Mücheln, Querfurt, Weißenfels, Naumburg, Schkeuditz, Delitzsch, Eilenburg und Bitterfeld begrüßten ihn in Merseburg. Die KPD hatte sie mit LKW's herangekarrt. Thälmann begab sich mit den Delegationen auf den Nulandplatz. Hier war der Treffpunkt aller Delegationen. Vom Nulandplatz zogen die Teilnehmer auf den Merseburger Stadtfriedhof, um Kränze auf die Gräber der beim Kapp-Putsch Gefallenen niederzulegen.



Max Lademann von der KPD-Bezirksleitung und Hugo Müller vom Rotfrontkämpferbund (RFB) ergriffen das Wort. Nach dem Verlassen des Friedhofes verlud die Polizei alle Veranstaltungsteilnehmer auf LKW's und fuhr sie bis zur Gaststätte HEITERER BLICK nach Leuna-Ockendorf. Eine Delegation ging schnell zum Kirchenfriedhof Leuna-Ockendorf und legte hier einen Kranz auf den Gräbern der dort beerdigten Märzgefallenen nieder. Danach ging die Fahrt nach Leuna-Kröllwitz weiter. Zwischen Rössener Brücke und Rosenstraße fuhren die LKW's durch ein Polizeispalier. Am Gedenkstein wurde von Ernst Thälmann eine Rede gehalten. Er sprach Plattdeutsch. Kaum ein Mitteldeutscher verstand ihn. Ein Kommunist musste die Rede ins Hochdeutsche „übersetzen“. Nach der Veranstaltung in Kröllwitz ging die Fahrt zurück über Dürrenberg und Kreypau zur Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz in Merseburg.<sup>16</sup>

Für das Werksdirektorium war die Angelegenheit mit dem Gedenkstein noch nicht erledigt. Der Werksjurist Assessor Boller rief beim Zweckverbandsvorsteher Cornely an, und forderte ihn auf, das Wort „gemeuchelt“ durch „gefallen“ zu ersetzen. Cornely fand zunächst keine Bildhauerfirma, welche die Korrektur vornehmen konnte, alle hatten volle Auftragsbücher. Die Firma Weidner übernahm den Auftrag und setzte

einen Lehrling daran. Entsprechend sah die Korrektur auch aus. Am 9. August 1927 hatte endlich ein ausgebildeter Steinmetz die Arbeit übernommen.<sup>17</sup>

Bis März 1932 verliefen die Gedenkfeiern nach dem obigen Ablauf. Im März 1933 hatte die NSDAP schon die Macht erobert. Es gab keinen großen Aufmarsch mehr. Unbekannte hatten jedoch einen Kranz mit roter Schleife niedergelegt. Auf ihr stand „Trotz alledem - es lebe die KPD“.<sup>18</sup> In der Nacht vom 13. zum 14. März 1933 suchte ein SA-Trupp die Gedenkstätte auf. Die SA-Männer warfen den Stein um, beschmierten ihn mit Schlamm und zerstörten die Einfriedung. Dies missfiel der NSDAP und sie lud die verantwortlichen SA-Leute zur Disziplinierung vor. Der NSDAP-Funktionär und Mitglied des Gemeinderates Van Thiel gab am 19. März 1933 der Gemeindevertretung die Entscheidung der NSDAP-Ortsleitung in der „Kröllwitzer Angelegenheit“ bekannt. Van Thiel wollte den Stein für die NS-Ideologie missbrauchen. Der Stein sollte umgeschlagen werden. Inschrift und Insignien wurden entfernt. Zu entfernen waren „Das mitteldeutsche Proletariat“, die geballte Faust, der Sowjetstern sowie Hammer und Sichel. Die neue Inschrift lautete „Sie starben im Glauben, für die Freiheit des deutschen Arbeiters zu kämpfen.“ Das Entfernen der kommunistischen Symbole kostete pro Symbol 10 RM und jeder neue Buchstabe 0,80 RM.<sup>19</sup>

Van Thiel begründete seine Antwort mit Punkten aus dem Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920:

**Teil: „Brechung der Zinsknechtschaft!**

*12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die **persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke** bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.*

*13. Wir fordern die **Verstaatlichung** aller (bisher) bereits vergesellschafteten (**Trust**) Betriebe.*

*14. Wir fordern die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.*

*16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seiner Erhaltung, sofortige **Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser** und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen*

*Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.*

*17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte **Bodenreform**, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.*

*18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemein-Interesse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, **Wucherer, Schieber** usw. sind **mit dem Tode zu bestrafen**, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.<sup>20</sup>*

Mit diesen Punkten begründete Van Thiel gegenüber den anderen Leunaer Gemeinderäten seine Auffassung, dass die getöteten Märzkämpfer doch „gute deutsche Arbeiter“ gewesen wären, die aktiv gegen das „raffende Kapital“ (SA-Bezeichnung für den dispositiven Produktionsfaktor) gekämpft haben. Die Leunaer NSDAP vertrat nun die Auffassung, dass die Kommunisten die „guten deutschen Arbeiter“ für ihre Ziele missbraucht haben. Von 1933 bis 1944 wurden nun von der NSDAP im kleinen regionalen Maßstab am 1. Mai, dem Tag der nationalen Arbeit, die Märzgefallenen geehrt.

Bis 1934 hatte der eine Polizist, der bei der Niederschlagung der Märzkämpfe durch einen Querschläger einer Polizeiwaffe getötet wurde, nie eine Rolle gespielt. Dies änderte sich 1934.

Am 12. September 1934 lief in ganz Deutschland unter Regie der NSDAP eine Kampagne an, Straßen nach, im Kampf gegen die Kommunisten, gefallenen NS-Helden zu benennen. Der ehemalige Polizist Franz Koslowski wurde am 13. September 1934 beim Weißenfelser Polizeipräsidenten vorstellig und machte den Vorschlag, an der Straßeneinmündung der Liebig-Straße in die Spergauer Straße einen Gedenkstein für den bei den Märzkämpfen 1921 gefallenen Polizisten Axtmann aufzustellen. An dieser Stelle befand sich 1921 ein Hügel, auf dem die Polizisten Koslowski und Axtmann mit ihrem Hundertschaftsführer, Polizeihauptmann Karl Ernst Göring (1885 – 1932), Bruder von Hermann Göring, lagen und das Werksgelände beschossen. Dabei kam Axtmann ums Leben. Am 29. April 1934 übergab der Weißenfelser Polizeipräsident die Angelegenheit der Gemeinde Leuna. Diese



arbeitete Koslowski zu langsam. Nun machte er über die NSDAP-Kreisleitung in Merseburg Druck. Die Leunaer Gemeinderäte beschäftigten sich am 15. Dezember 1934 mit der Angelegenheit. Sie lehnten die Aufstellung eines Gedenksteins an obiger Stelle ab und gaben der „Spergauer Straße“ im Bereich Haupttorplatz-Ortsausgang Richtung Spergau den Namen „**Axtmann-Straße**“. Dies reichte Koslowski nicht. Er trat am 15. Oktober 1935 nochmals an die Gemeinde heran und machte den Vorschlag, die „**Spergauer Straße**“ im Bereich Haupttorplatz-Industrietor in „Karl-Göring-Straße“ umzubenennen. Die Leunaer Gemeinderäte lehnten diesen Vorstoß ab.<sup>21</sup>

In der Bevölkerung kam der Trugschluss auf, dass die Straße den Namen des NS-Jugendfunktionärs Art(h)ur Axmann (1913-1996) trägt. Dieser schrieb sich jedoch ohne „t“. Diesem Trugschluss unterlag im Frühjahr 1945 auch der amerikanische Hauptmann Tauscher und nahm eine Rückbenennung vor.

Der Hügel, von dem 1921 die Polizisten das Werksgelände beschossen existierte bis 1951, dem Baubeginn der Berufsschule.. Von 1935 bis 1944 wurde am 29. März, dem Todestag des Polizisten Axtmann von der örtlichen NSDAP am Hügel immer ein Gebinde niedergelegt.

Von 1945 bis 1954 gab es keine Gedenkveranstaltung in Kröllwitz. Ende 1945 setzten die Russen in ihrer Besatzungszone Friedhofspflicht durch. Alle Gräber außerhalb von Friedhöfen waren zu beräumen. Es galt damals als pietätlos die vielen Gräber außerhalb der Friedhöfe bestehen zu lassen. Viele Soldaten, unabhängig ihrer Herkunftsländer, wurden gleich an den Rändern der Schlachtfelder beerdigt, oder direkt darauf. In Leuna traf diese Regelung nur auf die Kröllwitzer Märzgefallenen diese Regelung zu. Alle anderen waren auf ordnungsgemäßen Friedhöfen beerdigt. Die Maßnahmen musste nun Bürgermeister Karl Mödersheim (1888-1952) von der SPD durchsetzen. Dies missfiel natürlich der KPD. Bei der Exhumierung blieb der Gedenkstein an Ort und Stelle, nur die sterblichen Überreste kamen auf den Kröllwitzer Friedhof, einem Friedhof der evangelischen Kirche. Laut den damaligen Stadtverwaltungsmitarbeiter Horst Trümper kam es im April zu einer Geheimtagung der SED-Mitglieder, die aus der KPD zur SED kamen: SED-Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt Bernhard Koenen (1889-1964), 1. Sekretär des SED-Kreisleitung Merseburg Franz Rank, 1. Sekretär der SED Stadtleitung Leuna Karl Datz, SED-Grundorganisationssekretär des Rathauses Leuna und Kulturamtsleiter Gen. Günther, der Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-

Kreisleitung Merseburg Lorenz Wagenbrenner und dem Hauptkommissar der MfS-Kreisdienststelle Merseburg Franz Ansorg. Er war selbst aktiver Märzkämpfer und fast zwei Wochen im Silo interniert gewesen.

Übereinstimmend stellten die obigen Genossen fest, dass es eine Zumutung für einen guten Genossen wäre, auf einem kirchlichen Friedhof beerdigt zu liegen. Sie legten fest, alle Märzgefallenen, auch wenn sie in anderen Ortschaften beerdigt lagen, sowie auch den Gedenkstein auf dem kommunalen Friedhof Leuna, Kötzschener Straße wieder zu vereinigen. Außerdem wurde festgelegt, dass die Aufschrift des Steines nun zum dritten Mal geändert wird: „Den gefallenen Leuna-Kämpfern zum Gedenken den Lebenden zur Mahnung“. Die neue Gedenkstätte wurde zum damaligen Tag der Opfer des Faschismus (12. September 1948) auf dem Friedhof Kötzschener Straße eröffnet. Die Märzkämpfer waren nun zwischen den toten Zwangsarbeitern und Gefallenen des Luftkrieges auf einem gesonderten Teil des Friedhofes beerdigt.<sup>22</sup>

Damit gaben sich die Leunaer SED-Genossen noch nicht zufrieden. Sie wollten eine Großgedenkstätte. In dieser sollten alle bei den Weltkriegen und im Klassenkampf verstorbenen Einwohner der Region Halle-Merseburg gedacht werden. Von dieser Idee trennte man sich sehr schnell wieder, denn es wären 19.122 Gräber gewesen. Für eine solche Grabanlage war der Leunaer Stadtfriedhof viel zu klein. Die Angelegenheit der Märzgefallenen ruhte erst einmal bis 1953.

Von 1949 bis 1953 fanden die Feierlichkeiten für die gefallenen Märzkämpfer auf dem Friedhof Kötzschener Straße statt.

Der DDR-Ministerrat fasste am 30. April 1953 einen Beschluss zur Bildung der Gemeinde „Groß-Merseburg“. Nach diesem sollte Merseburg bis 1960 100.000 Einwohner zählen. Bestandteil dieses Beschlusses war auch ein Ernst-Thälmann-Wanderweg von Merseburg nach Leuna und ein Thälmann-Denkmal am Kröllwitzer Anger.

Nach dem Willen des Ministerrates sollte aus den Resten des Merseburger Schlosses (West- und Nordflügel) ein Chemiemuseum werden. Den zerstörten Ostflügel des Schlosses beabsichtigte man zurückzubauen und an dessen Stelle eine sozialistische Treppe in der Breite des Flügels bis zur Saale zu bauen. Das Chemiemuseum sollte kein Technologiemuseum der chemischen Industrie werden, sondern ein Museum der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Planer beabsichtigten das Museum zum Ausgangspunkt des Ernst-Thälmann-Wanderweges

nach Leuna-Kröllwitz zu machen. Hier hatte am 20. März 1927 Ernst Thälmann den Gedenkstein für die Märzgefallenen enthüllt. In Kröllwitz sollte ein Thälmann-Denkmal anhand des Fotos von Thälmann zum Zeitpunkt der Gedenksteinenthüllung entstehen.

Der Ernst-Thälmann-Wanderweg sollte entlang der Saale vom Merseburger Schloss bis nach Leuna-Kröllwitz führen. Im Bereich Merseburg grenzten bis zum Scheid-Platz (Lok-Sportplatz) noch alte Gebäude an das Saaleufer. Am Weg zwischen Lok-Platz bis nach Kröllwitz wollte die SED jedes Jahr die Plastiken der Abschlussjahrgänge der Bildhauerklassen der Burg Giebichenstein aufzustellen. Der Ministerrat beabsichtigte Einfluss auf die Abschlussplastiken zu nehmen, damit diese den sozialistischen Realismus entsprechen. Da man mit dem Projekt Groß-Merseburg in Merseburg nicht so recht voran kam, machten DDR-Regierung und Ministerrat in Leuna-Kröllwitz den Anfang.<sup>23</sup>

Die Einweihung der neuen Gedenkstätte war für den 20. März 1954 vorgesehen. In der Bauabteilung der Leuna-Werke war Heinz Vogel für den Umbau verantwortlich:

*„Es war im Jahre 1954 im Monat März, die Bezirksleitung der SED plante für Sonnabend 20. März 1954 eine Großkundgebung zu Ehren der Märzgefallenen 1921 in Leuna, an der Stelle in Kröllwitz an der Ernst-Thälmann gesprochen hatte. An diesem Tage sollte die Enthüllung eines Thälmanndenkmales in Form einer überlebensgroßen Thälmann-Statue erfolgen. Ich war zu der Zeit als Bauleiter des Außenbetriebes der Bautechnischen Abteilung des Leuna-Werkes tätig. Ich wurde mit der Bauleitung des Aufbaues beauftragt. Die Baustelle lag ca. 100 m von der Straße von Daspig nach Kröllwitz kurz vor dem Ortseingang Kröllwitz auf der linken Seite. Die Gedenkstätte hatte im Grundriß die Form eines VVN-Dreiecks mit Bepflanzung, in der Mitte auf einem Sockel aus Betonwerkstein mit Vorsatz gestockt und scharriert ca. 1,- m über dem Erdreich, sollte die aus drei Teilen bestehende Statue aus Stein gehauen, zur Aufstellung kommen. Wir mußten einen großen Dreibock mit Flaschenzug aufstellen um die schweren Teile zusammenzufügen. Kran, wie heute üblich, gab es nicht. Ein Steinmetz aus meinem Betrieb hat den Zusammenbau der Figur fachmännisch und sauber ausgeführt und die Nähte sauber bearbeitet. Enttäuscht von dem Aussehen der Statue war nicht nur ich sondern meine Leute. Sie waren schon alle älter, hatten die Nationalsozialistische Zeit mitgemacht. ---- Ist das Ernst Thälmann ---???? So fragten wir uns alle, aber keiner*

*ließ etwas verlauten. Er hatte keine Mütze auf, die für ihn so typisch war, die rechte Faust war geballt. ---- So hatte einst der „Duce“ Mussolini, der italienische Faschistenführer ausgesehen. -----*

*Es waren ca. 4 Tage vor dem 20. März 1954, ich kam nachmittags noch einmal auf die Baustelle, an der schon die Gärtner die Grün- und Pflanzflächen herrichteten. Ich bemerkte mehrere große Personenkraftwagen, eigentlich nichts besonderes, denn es kamen immer Leute von verschiedenen Institutionen, die sich über den Fortgang der Arbeiten informieren wollten. Es waren Fahrzeuge mit Berliner Kennzeichenummer. Geschäftig bewegten sich die Männer mit einem Ledermantel umher, es wurde fotografiert. Ein Maurer, der sich mit einem dieser Herren unterhielt, zeigte mit der Hand auf mich, als ich mit meinem Rot-Grünen Werksrad ankam. (Rotgestrichene Fahrräder durften nur innerhalb des Werkes benutzt werden, solche mit grünen Zusatzanstrich durften das Werk verlassen.) Der Herr kam auf mich zu und fragte mich, ob ich der Bauleiter sei, was ich bejahte. Er hielt mir einen Ausweis vor die Nase mit vielen Stempeln und Unterschriften. Seine einzigen Worte an mich waren nur: „Sie sind sich doch darüber im Klaren, daß die Figur morgen wieder verschwindet.“ Viel konnte ich dazu nicht sagen, ich antwortete nur, daß ich im Auftrage meiner Vorgesetzten handele. Er rief seine Leute zusammen und die Wagenkolonie fuhr ab. Was sich dann am Abend weiter abgespielt hat entzieht sich meiner Kenntnis. Als ich am anderen Morgen in mein Büro in Bau 24 kam, war mein Betriebsleiter Herr Ing. Meyer und der Leiter der Bautechnischen Abteilung des Werkes Herr Dr. Ing. Höpke unterwegs auf dem Leunaer Friedhof an der Weißenfelder Straße nach der Suche nach dem Gedenkstein. Als sie dann im Büro erschienen bekam ich den Auftrag, die Statue zu entfernen, den Sockel abzusenken und darauf den Stein zu stellen. Wir haben den Stein mit dem Tieflader nach Kröllwitz gebracht. Abends im Dunkeln bei Scheinwerferlicht wurde die Statue im Ganzen, wir bekamen sie so schnell nicht mehr auseinander, vom Sockel gehoben und auf einem Tieflader in das Werk nach Bau 27 (Transportbetrieb) gebracht. Über den Verbleib der Figur kann ich nichts weiter berichten. Auch waren wir zum Schweigen angehalten. Der Stein fand seinen Platz auf dem Denkmalsockel.*

*Es waren hektische Tage vor dem 20. März 1954, an dem dann die Großkundgebung stattfand, zu der mit Sonderzügen, mit Sonderstraßenbahnzügen und Sonderbussen angereist wurde.“<sup>24</sup>*

Von all dem gelangte bis vor einigen Jahren nichts an die Öffentlichkeit.

Ende März 1954 feierte die SED-Kreisleitung Leuna, dass 200.000 Werktätige aus der ganzen DDR zur Wiedereröffnung der Gedenkstätte nach Leuna kamen.<sup>25</sup>

Seit 1956 stiftete die Kreisleitung jährlich Gedenkplaketten zum Gedenken an die Märzkämpfe.<sup>26</sup>

1957 jährte sich das Aufstellen des Gedenksteines zum 30. Mal. Von diesem Zeitpunkt an wurde es zu einer Tradition, dass Meistereien und Arbeitskollektive bei den Märzkundgebungen Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb an Partei- und Werksleitung übergaben.<sup>27</sup>

Der nächste Auftakt für eine neugestaltete Gedenkstätte der Märzgefallenen war der 40. Jahrestag der Märzkämpfe 1961. 1960 beauftragte die SED-Kreisleitung Leuna den Architekten Paul Köhler von der Bauabteilung der Leuna-Werke mit der Projektierung eines geeigneten Denkmals. Beim Denkmal sollten auch die landschaftlichen Gegebenheiten ausgenutzt werden. Das Denkmal gliederte sich in zwei Bereiche. Der tiefere Teil diente als Bühne. An deren Rückseite befand sich eine große Wand aus rotem Phosphor. An ihr waren zwei Reliefs von Heinz Beberniß (1920-2012) angebracht. Links neben dem tieferen Teil der Gedenkstätte war ein kegelförmiger Hügel aufgeschüttet, auf dem man den mehrfach umgearbeiteten Gedenkstein aus dem Jahre 1927 aufstellte. Am 19. März 1957 weihte die SED die neue Gedenkstätte ein. 70.000 Kundgebungsteilnehmer wurden aus der ganzen DDR herangefahren.<sup>28</sup>

Bis zum Ende der DDR nutzten NVA, VP, MfS, Kampfgruppe und Zivilverteidigung die Gedenkstätte zur Vereidigung sowie Pionierorganisation, FDJ und GST zur Aufnahme neuer Mitglieder.<sup>29</sup>

Neben den Veranstaltungen und den Aufmärschen im März kam es zu einer ganzen Reihe anderer Veranstaltungen:

- 26. Juli 1964: Großkundgebung zu 40 Jahren Rotfrontkämpferbund.
- 26. Oktober 1967: Aufmarsch zum 50. Jahrestag der großen Sozialistischen Oktoberrevolution.
- 28. September 1970: Eröffnung der „Aktion Panzerzug 1921“ der FDJ-KL Leuna.
- 29./30. Mai 1971: DDR-Meisterschaften der GST-Schiffsmodellbauer auf dem Teich am Gänseanger.

- 28. September 1979: Kampfgruppenaufmarsch aus Anlass des 30. Jahrestages der DDR-Gründung in Anwesenheit von Oberst Richter von der Abt. Sicherheitsfragen des ZK der SED und Oberst Rüster von der Hauptabteilung Kampfgruppen des Mdl.
- die Kampfgruppenhundertschaft der BD Caprolactam erhielt den Ehrennamen „Kurt Kühn“.
- die Kampfgruppenhundertschaft BD Methanol/Paraffine den Ehrennamen „Viktor Koenen“
- die Kampfgruppen Flakbatterie Einheit Reichenbach den Ehrennamen „Ernst Schneller“
- 13. August 1981: aus Anlaß 20 Jahre Mauerbau Großaufmarsch von Kampfgruppen, NVA; VP, ZV und GST.
- 26. Juli 1983: Kubanische Delegation besucht aus Anlaß des 30. Jahrestages des Sturms auf die Moncada-Kaserne der Gedenkstätte
- 19. März 1971: Beginn der jährlichen Märzgedächtnisläufe der Kampfgruppen.<sup>30</sup>  
Bis zum März 1989 verliefen die Aufmärsche nach dem gleichen Ritual ab.

### Politiker bei den Märzgedenktreffen

Politiker	Treffen	Gedenkstätte
Ernst Thälmann Vorsitzender der KPD	Einweihung des Ehrenmals 20.3.1927	Leuna-Kröllwitz
Rosa Thälmann Witwe des von den Faschisten 1944 ermordeten Vorsitzenden der KPD	Märzgedenktreffen 21.3.1961	Leuna-Kröllwitz
Erich Honecker Generalsekretär des ZK der SED; Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Vorsitzender des Verteidigungsrates der	Märzgedenktreffen 20.3.1971 21.3.1986	Halle-Neustadt Panzerzug Halle-Neustadt Panzerzug

Politiker	Treffen	Gedenkstätte
DDR		
Bernard Koenen Mitglied des ZK der SED 1. Sekretär der Bezirks- Leitung Halle der SED Botschafter der DDR in der CSR, Mitglied des Staatsrates der DDR	Märzgedenktreffen 23.3.1954 21.3.1956 23.3.1957 21.3.1959 19.3.1961	Leuna Leuna-Kröllwitz Leuna-Kröllwitz Leuna-Kröllwitz Leuna-Kröllwitz
Fritz Lange Mitglied der SED, Minister für Volksbildung	Märzgedenktreffen 21.3.1954 22.3.1958	Leuna-Kröllwitz Leuna-Kröllwitz
Hermann Matern Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Vorsitzender der ZPKK	Märzgedenktreffen 21.3.1956 19.3.1961	Leuna-Kröllwitz Leuna-Kröllwitz
Hermann Axen Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED	Märzgedenktreffen 21.3.1959	Leuna-Kröllwitz
Albert Norden Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED	Märzgedenktreffen 19.3.1960	Leuna-Kröllwitz
Horst Sindermann Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Präsident der Volks- kammer der DDR, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR	Gedenktreffen zum 40. Jahrestag des RFB 26.7.1964	Leuna-Kröllwitz
Kurt Hager Mitglied des Politbüros	Märzgedenktreffen 19.3.1966	Leuna-Kröllwitz

Politiker	Treffen	Gedenkstätte
und Sekretär des ZK der SED		
Erich Milke Mitglied des Politbüros des ZK der SED; Minister für Staatssicherheit, Armeegeneral	Märzgedenktreffen 21.3.1981	Leuna
Werner Felfe Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK	Märzgedenktreffen 21.3.1981	Leuna
Hans-Joachim Böhme Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle der SED	Solidaritätsmeeting zum 30.Jahrestag des Sturmes auf die Moncada-Kaserne (Kuba) 26.7.1983 Märzgedenktreffen 21.3.1986	Leuna-Kröllwitz  Halle-Neustadt Panzerzug

Aus: John, Günter; „Der Stein auf dem Gänseanger“; SED-KL Leuna; Kommission Betriebsgeschichte; Leuna 1986; S. 58f.

Seit 1990 fanden die Aufmärsche nur noch in einer kleinen Gruppe von Mitgliedern der PDS bzw. DIE LINKE und einigen regionalen Volksvertretern statt. 1991 übertrugen die Leuna-Werke die Gedenkstätte mit allen Aufbauten der Stadt Leuna. Aus Sicht der unteren Denkmalschutzbehörde bestanden keine Bedenken gegen einen Rückbau auf das Niveau von 1927. Die beiden Reliefs sollten an das Land Sachsen-Anhalt gehen.<sup>31</sup>

Aus Finanzgründen musste der gesamte Rückbau bis 1995 verschoben werden. Der Rückbau wurde in der Stadtratssitzung im März 1995 beschlossen.<sup>32</sup>

Im Oktober 1995 legten die Stadträte fest, dass der alte Standort der Gedenkstätte wieder zu bepflanzen war.<sup>33</sup> Im Oktober 1995 beendeten ABM-Kräfte den Rückbau der Gedenkstätte auf das Niveau von 1927.



Bis in unsere Tage legen immer noch einige Leunaer Stadträte am 21. März Kränze für die Märzgefallenen nieder.

### **Quellen:**

- 1) Vgl.: Lenin; „Lenin – Werke“; Bd. 32; Dietz – Verlag; Berlin 1961; S. 491ff.
- 2) Vgl.: Statistisches Jahrbuch der DDR; Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik; Berlin 1989; S. 351.
- 3) Vgl.: John, Günter; „Der Stein auf dem Gänseanger“; SED-KL Leuna; Kommission Betriebsgeschichte; Leuna 1986; S.5ff (=John)
- 4) Vgl.: ebenda; S.8.
- 5) Vgl.: ebenda.
- 6) Vgl.: ebenda; S.10.
- 7) StA Leuna; Rep.VI; Akte Nr.4; Bl. 22f.
- 8) Ebenda; Bl. 28.
- 9) [http://www.lieder\\_aus\\_der\\_ddR.de/leunalied/](http://www.lieder_aus_der_ddR.de/leunalied/)(Stand:30.9.2015)
- 10) Vgl.: John; S. 13ff.
- 11) Vgl.: ebenda; S. 15f.
- 12) Vgl.: ebenda; S. 19f.
- 13) Vgl.: ebenda; S. 19ff.
- 14) Vgl.: ebenda; S. 24.
- 15) Vgl.: ebenda; S. 24f.
- 16) Vgl.: ebenda; S. 27ff.
- 17) Vgl.: ebenda.
- 18) Vgl.: ebenda; S. 37f.
- 19) Vgl.: ebenda; S. 38.
- 20) <http://www.documentarchiv.de/wr/1920/hsdqpprogramm.htm/>.(Stand: 6.10.2015).
- 21) Vgl.: StA Leuna; Rep. X; Akte Nr. 53; Bl. 232ff.
- 22) Vgl.: John; S. 44.
- 23) Vgl.: StA Leuna; Rep. XVIII; Akte Nr. 95.
- 24) StA Leuna; Rep. XXIII; Akte Nr. 38; Bl.4ff.
- 25) Vgl.: John; S. 50.
- 26) Vgl.: ebenda.
- 27) Vgl.: ebenda.
- 28) Vgl.: ebenda.

29) Vgl.: ebenda, S.51f.

30) Vgl.: ebenda, S.52ff.

31) Vgl.: STA Leuna; Rep. XXXI, Akte Nr.1996/43.

32) Vgl.: MZ 1.4.1995.

33 Vgl.: MZ 17.10.1995.

## **Heinrich Deist – Schriftsetzer, Sozialdemokrat, Ministerpräsident**

In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts kannte jedes Kind von Harzgerode und Ballenstedt bis nach Zerbst Coswig seinen Namen und sein Wort hatte in der Politik der Weimarer Republik Gewicht: Heinrich Deist. Heute kennen fast nur noch Experten der Geschichte des Freistaates Anhalt und der Arbeiterbewegungsgeschichte seinen Lebensweg und seine Bedeutung für die Geschichte Sachsen-Anhalts. Immerhin erinnert ein Straßename in Sachsen-Anhalt heute an ihn und eine Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt in Dessau trägt seinen Namen. Vor allem der Landeshistoriker Matthias Tullner und dem langjährigen Vorsitzenden der Historischen Kommission des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Rüdiger Fikentscher haben sich darum verdient gemacht, Biographie des großen Sozialdemokraten dem Vergessen zu entreißen.<sup>1</sup>

Henrich Deist wurde am 9. Juli 1874 in Mitterode im hessischen Kreis Sontra in eine Bauernfamilie geboren. Nachdem sein Vater den 16jährigen zu einer sozialdemokratischen Wahlversammlung mitgenommen hatte, war Heinrich Deist für die sozialistische Arbeiterbewegung gewonnen. Seine Schriftsetzerlehre in Kassel absolvierte er denn auch in der Druckerei des sozialdemokratischen Volksblatts. Anschließend ging er auf die damals für Handwerksgesellen aller Berufe verbindliche Wanderschaft auf der er 1895 Mitglied der SPD wurde. Die Schriftsetzer gehörten zu den Berufsgruppen aus denen, von Gesellenvereinen ausgehend, die frühe Arbeiterbewegung herauswuchs. Das älteste Gewerkschaftsdokument im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn ist das Protokollbuch des Hildesheimer Buchdruckerverbandes von 1863. Acht Jahre vor Deists Geburt, im Jahr 1866, gründeten 34 Delegierte aus den Ländern Deutschlands im Schützenhaus in Leipzig die erste deutsche Gewerkschaft, Deutschen Buchdruckerverband, der 1873 nach einem Streik den ersten Tarifvertrag der deutschen Geschichte erstritt.

Nach seiner Wanderschaft ließ Deist sich in Bant nieder, einem Ort, der heute zu Wilhelmshaven gehört. Dort wurde 1902 sein Sohn Heinrich jr. geboren, der sich in den 50er Jahren als Mitautor des Godesberger Programms einen Namen machen

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag auf: Heinrich Deist – Ministerpräsident des Freistaats Anhalt, hrsg. Mathias Tullner, Halle (Saale) 2000 und Anhalts Weg ins „Zeitalter der Extreme“ 1871-1945, hrsg. Justus H. Ulbricht, Halle (Saale), 2014.

sollte. Deist muss in Bant in der Partei mehr als zahlendes Mitglied gewesen sein, denn 1903 holten die Dessauer Sozialdemokraten ihn als Geschäftsführer des seit dem Ende des Sozialistengesetzes 1890 erscheinenden „Volksblattes für Anhalt“ an die Mulde.

Deist beschreibt die den Orts- und Berufswechsel, der für seinen Lebensweg entscheidend werden sollte, in seinen Erinnerungen so: „Mitte 1903 erhielt ich von Ludwig Rexhäuser Redakteur des >Correspondenten für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer< eine Postkarte. Diese enthielt aufgeklebt ein Inserat, ausgeschnitten aus dem Correspondenten, in welchem die sozialdemokratische Partei Anhalts einen Geschäftsführer für ihr Zeitungs- und Buchhandlungsgeschäft suchte, der im Buchdruck und Buchführung besonders vertraut sein sollte.“<sup>2</sup> Rexhäuser hatte auf der Postkarte handschriftlich ergänzt: „Die Genossen in Anhalt sind ziemlich nette Leute.“<sup>3</sup>

Der Endzwanziger stürzte sich in die Parteiarbeit. Direkt nach seinem Umzug im Juni 1903 hatte er seinen ersten Wahlkampf zu organisieren – die Nachwahl um den Reichstagsitz des verstorbenen anhaltischen Brauereikönigs Richard Rösicke. Es gelang den sozialdemokratischen Kandidaten Hermann Käßler in die Stichwahl zu bringen, in der er knapp unterlag. 1905 kandidierte Deist selbst und wurde in den Stadtrat von Dessau gewählt, dem er von 1905 bis 1908 und 1911 bis 1918 angehörte. 1913 bis 1918 war er stellvertretender Vorsitzender des Stadtrats.

Für Deist bewahrheitete sich der Satz von den netten Genossen. Er begründete eine lebenslange politische Partnerschaft mit dem ganz anders gearteten Heinrich Peus und rückte über die folgenden Jahre scheinbar ganz selbstverständlich an die Spitze der Sozialdemokratie in Anhalt.

Die Novemberrevolution 1918 lief im liberalen „Musterstaat“ Anhalt als geordnete Machtübergabe der herzoglichen Regierung an einen Staatsrat aus Sozialdemokraten und Liberalen, die aus der Opposition heraus längst konstruktiv in dem kleinen Staat mitgearbeitet hatte.

Vier Tage vor der Abdankung des noch minderjährigen Herzogs Joachim am 8. November 1918 bildete der Vorsitzende des anhaltischen Landesernährungsamtes

---

<sup>2</sup> zit. nach: Ziegler, „Günter, Die politischen Verhältnisse während der Weimarer Republik und das Wirken des Ministerpräsidenten Heinrich Deist in Anhalt, in: Beiträge zur Landesgeschichte Sachsen-Anhalts, H. 17, Heinrich Deist – Ministerpräsident des Freistaats Anhalt, hrsg. Mathias Tullner, Halle (Saale) 2000, S. 11f.)

<sup>3</sup> zit. nach Fikentscher, Rüdiger, Heinrich Peus, Heinrich Deist und die Rolle der Sozialdemokratie in Anhalt zwischen Erstem Weltkrieg und Naziherrschaft, in: Anhalts Weg ins „Zeitalter der Extreme“ 1871-1945, hrsg. Justus H. Ulbricht, Halle (Saale), 2014, S. 54.

Max Gutknecht eine Übergangsregierung, aus Sozialdemokraten und Liberalen. Für die SPD gehörten diesem Staatsrat, der nur sechs Tage amtierte Wilhelm Voigt und Heinrich Deist an, für die Liberalen Joseph Lux und der Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde Dessaus, Hermann Cohn. Am 12. November dankte der Herzog ab und zwei Tage später bildete der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine einen Staatsrat, dem wiederum Cohn, Lux, Deist als stellvertretender Ministerpräsident, und Voigt angehörten. Hinzu kamen der liberale Oberbürgermeister Dessaus, Fritz Hesse und der Vater des gleichnamigen späteren Chefarchitekten von Halle-Neustadt, Richard Paulick. Dass Hesse als Liberaler Vorsitzender des Dessauer Soldatenrats war, beleuchtet den Charakter der Revolutionstage in Anhalt.

Deist, Cohn, Paulick und Hesse kannten sich seit Langem. Cohn gehörte seit 1902 der Dessauer Stadtverordnetenversammlung an und war von 1912 bis 1918 dessen Vorsitzender. Fritz Hesse gehörte dem Stadtrat Dessaus seit 1910 und war Anfang 1918 zum Oberbürgermeister der Stadt gewählt worden. Richard Paulick war Deist seit 1905 als Redakteur des „Volksblatts“ verbunden. Außerdem war Paulick seit 1912 Stadtverordneter in Dessau.

Die Wahlen zum Landtag am 15. Dezember 1918 bestätigten die Verbindung von Sozialdemokraten und Liberalen. Die SPD erreichte 58% der Stimmen und 22 Sitze, 34% und 12 Sitze entfielen auf die DDP. Die Deutschnationale Volkspartei DNVP kam auf 5,9% und zog mit nur zwei Abgeordneten in den Landtag ein. Die Kommunisten boykottierten die Landtagswahl ebenso wie die Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung einen Monat später.

Die SPD hätte allein regieren können, trat aber in eine Koalition mit der DDP ein, so dass der Staatsrat, in dem Deist als stellvertretender Ministerpräsident amtierte, bestehen blieb. Seit Wolfgang Heine Ende November 1918 zusätzlich zu seinem Amt in Anhalt als Justiz- und am März 1919 als Innenminister der preußischen Landesregierung angehört, leitete Deist de facto den anhaltischen Staatsrat. Im Juli 1919 übernahm er das Amt des Ministerpräsidenten auch formell. Er stand einem wieder auf vier Staatsräte reduzierten Kabinett vor, aus dem neben Wolfgang Heine auch Fritz Hesse ausschieden.

Die Jahre von Heinrich Deists Wirken als Ministerpräsident Anhalts können hier nur kurz skizziert werden. Die sozialliberale Koalition regierte mit einer Pause von wenigen Monaten zwischen Juli und November 1924 bis 1932. Bei den

Landtagswahlen 1924 hatten SPD und DDP die Mehrheit verloren. Da aber DVP und DNVP auch keine Landtagsmehrheit zustande brachten, wurden nach vier Monaten einer rechten Minderheitsregierung Neuwahlen angesetzt, die SPD und DDP wieder die Mehrheit brachte. Hinter der scheinbaren Stabilität von 13 Regierungsjahren Deists steht allerdings ein stetiger Akzeptanzverlust für die Parteien der Mitte. Bei der Landtagswahl am 6. Juni 1920 stürzte die SPD von 58,03% auf 35,77% und von 22 auf 13 Sitze ab. Sie konnte dieses Ergebnis bei den Wahlen am 22. Juni 1924 auf 37,03 und am 9. November 1924 auf 40,95% steigern und bei den Wahlen am 20. Mai 1928 noch einmal auf 42,45% hinzugewinnen. Ihr Koalitionspartner, die DDP allerdings, die 1918 mit 34,05% und 12 Sitzen den Ruf Anhalts als liberales Musterland eingelöst hatte, fiel bis 1928 auf zwei Sitze. Die Lücke füllten die KPD, die seit 1924 zwischen zwei und vier Landtagsabgeordneten stellte sowie die DVP, die DNVP und rechte Kleinparteien. Das Klima im liberalen Musterstaat wurde – zunächst unmerklich – demokratiefeindlicher.

Als die Weltwirtschaftskrise in Dessau ankam, hatten die regierenden Parteien, vor allem die Demokraten bereits als Akzeptanz verloren. Nach der Landtagswahl 1918 reichte es nur noch für eine Minderheitsregierung von Liberalen und Sozialdemokraten. Vor dem Hintergrund der Krise selbst gelang es den Nationalsozialisten bei den Kommunalwahlen 1931 und den Landtagswahlen 1932, die Mehrheitsverhältnisse umzustoßen. Sie stellten in den beiden großen Städten des Landes, Dessau und Köthen, die stärksten Fraktionen in den Stadtverordnetenversammlungen und übernahmen nach den Landtagswahlen 1932 zum ersten Mal in einem Land des deutschen Reichs die Regierung. Die NSDAP erreichte bei diesen Wahl 40,88% und 15 Sitze. Die SPD fiel auf 34,27% und 13 Sitze, die Nachfolgerin der DDP, die Deutsche Staatspartei kam noch auf einen Sitz. Die NSDAP bildete mit der Liste aus DNVP und Stahlhelm eine Regierung unter dem Ortsgruppenleiter der NSDAP von Quedlinburg Alfred Freyberg.

Heinrich Deist gehörte dem letzten frei gewählten Landtag bis zu dessen Auflösung im März 1933 an. Die Jahre des Nationalsozialismus verbrachte er zurückgezogen.

„Mir wurde meine Pension entzogen. Ich konnte in Dessau keine Wohnung bekommen und kaufte mir von meinen Ersparnissen ein kleines Einfamilienhaus, in dem ich Kartoffeln, Kohl und andere Gemüsearten selbst anbaute, um billig leben zu können.“

Mehrfach in Haft genommen, erlebte der 70jährige das Kriegsende 1945 sicherlich als Befreiung. Als die sowjetische Besatzungsmacht ihm das Amt des Regierungspräsidenten des Bezirks Anhalt anbot – das Land war 1944 in die preußische Provinz Sachsen eingegliedert worden und wurde nicht wieder selbständig – stellte Deist sich zur Verfügung. Bereits bei seinem „Einstellungsgespräch mit dem Chef der Sowjetischen Militäradministration für die Provinz Sachsen, Generalmajor Alexander Kotikow wurde ihm klargemacht, dass die Zeichen in der Sowjetischen Besatzungszone nur äußerlich in Richtung Demokratie und Freiheit wiesen. Seinem Freund Fritz Hesse, der wieder als Oberbürgermeister von Dessau eingesetzt worden war berichtete er, er sei einem regelrechten Verhör unterzogen worden. „Es sieht fast so aus, als ob wir alle Kommunisten werden müssen.“<sup>4</sup>

Wie viele nichtkommunistische Politiker in der SBZ geriet Deist schnell in Konflikte mit den Vertretern der Besatzungsmacht, die weit über die sachliche Ebene hinausgingen. Der Grundton von Befehl und Gehorsam, der dauernde Unterton des Verdachts von „Abweichung“, „feindlicher Aktivität“ und die ebenso dauernde Forderung nach Unterwerfungsgesten in Form der „Selbstkritik“ stießen Deist und seine Parteifreunde je mehr ab, je enger nach der Zwangsvereinigung die Spielräume ihres Handelns und die Möglichkeit offener Gespräche wurden. Deist war in diesem Sinne ein unbequemer Partner, der selbstbewusst die Interessen seiner Landsleute vertrat.

Mit der Auflösung der Regierungsbezirke der Provinz 1947 entfiel Deists Position. Die neuen Machthaber nutzten diesen Zeitpunkt, um Deist von jeglichem Einfluss auf den der Verwaltung im Land auszuschließen. Da 1947 die Zeichen noch auf die öffentliche Herausstellung des intern längst verschobenen Gleichgewichts von Sozialdemokraten und Kommunisten standen, wurde Deist nicht einfach in Pension geschickt. Als Leiter des Aufbaustabes für die geplante Landesverwaltungsschule blieb er im Landesdienst, allerdings an einer politisch bedeutungslosen Stelle. Als Anfang 1949 der Plan einer Landesverwaltungsschule aufgegeben wurde, wurde Deist in Pension geschickt. Als 1950 eine Säuberungswelle durch die SED ging, die neben alten Sozialdemokraten auch alle anderen Arten tatsächlicher und vermeintlicher Abweichungen wie Mitgliedschaften in kommunistischen

---

<sup>4</sup> zit. nach Lübeck, Wilfried, Heinrich Deist – sein politisches Leben und Wirken nach 1945, in: Heinrich Deist – Ministerpräsident des Freistaats Anhalt, hrsg. Mathias Tullner, Halle (Saale) 2000, S.36.

Splitterparteien vor 1933 und Kriegsgefangenschaft bei westlichen Alliierten einschloss, begann auch für Heinrich Deist eine Zeit der Demütigungen. Ende 1950 wies die Landesleitung der SED die Landesregierung an, Deist die ihm bei seinem Ausscheiden zugesprochene Ehrenpension zu streichen. Als die SED-Führung in der DDR über einen Umtausch der Parteibücher eine umfassende Säuberung organisierte, wurde Deist wie hunderttausende anderer Mitglieder vor eine Kommission geladen, um sich für frühere und gegenwärtige „Abweichungen“ zu verantworten. Da dem 76jährigen selbst aktuell nichts vorgeworfen werden konnte, waren seine in der Bundesrepublik lebenden und dort in der SPD aktiven Söhne Gegenstand von Vorhaltungen gegen ihn. Er bekam sein Parteibuch wieder aber im Februar 1954 fand er sich vor einer Kommission der SED-Kreisleitung Dessau wieder. Deren Mitglieder konfrontierte Deist mit einer langen Liste von „Verfehlungen“ aus seiner Zeit als Ministerpräsident, vor allem von Amtshandlungen, die sich gegen die KPD der 20er Jahre gerichtet hatten. Am Ende des Gesprächs, das eher an ein Polizeiverhör erinnert, musste Deist der Kommission sein Parteibuch aushändigen. Es ist für uns heute kaum nachzuvollziehen, was es für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Generation Heinrich Deists bedeutet hat, ihre Organisationszugehörigkeit zu verlieren. Ganz sicher hat er die SED nicht als „seine“ Partei betrachtet, aber in ihr steckte „seine“ Partei und eine andere Möglichkeit, sich in der DDR als Angehöriger der politischen Arbeiterbewegung zu organisieren, gab es nicht. Deist kämpfte entsprechend um seine Mitgliedschaft und erreichte, dass sein Ausschluss rückgängig gemacht wurde. Nach dem Mauerbau erlebte er ein letztes Kapitel des Umgangs mit Sozialdemokraten in der SED. Im Zuge des Bemühens darum, den Zustand der Teilung als Normalität zweier deutscher Staaten zu etablieren, wurden Zugänge zu westdeutschen Sozialdemokraten aus der DDR heraus wieder wertvoll. Heinrich Deist jr. gehörte dem Deutschen Bundestag an und galt als der Wirtschaftsexperte der SED im Westen. Vor diesem Hintergrund erhielt Deist sen. 1962 eine Parteirente von 100 Mark im Monat zugesprochen. Darum, dass seinen Sohn noch einmal wiederzusehen, musste Deist eine erneute Demütigung über sich ergehen lassen. Über seinen Antrag aus Einreisegenehmigung für Heinrich Deist jun. entschied die SED-Bezirksleitung Halle, nachdem er sich vor Herbert Ziegenhahn, erster Sekretär der SED-Kreisleitung Dessau, erklären musste, wie er politisch zur SPD im Westen stand und wie er sich bei einer politischen Diskussion mit seinem Sohn verhalten würde.



Am 8. März 1964 starb Heinrich Deist. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof der evangelischen Gemeinde in Mosigkau. Die Genossen des SPD-Stadtverbands Dessau-Roßlau pflegen es seit Jahren und halten die Erinnerung an den großen Sozialdemokraten aus Anhalt aufrecht.



Bildquelle: privat

## **Hauptfeind SPD? Nicht für alle Kommunisten...**

Die KPD war in der Stadt Wernigerode stets vergleichsweise schwach. Eine Ortsgruppe wurde erst im Januar 1921, als sich in Wernigerode SPD und USPD wieder zusammenfanden, über ein Jahr, bevor dies im ganzen Land geschah, in der „bunten Stadt am Harz“ gegründet. Eine Statistik vom 4. Mai 1946, nach der erfolgten Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED, ergab, dass 2.528 ehemaligen SPD-Mitgliedern lediglich 555 ehemalige KPD-Mitglieder gegenüberstanden.

Ein Grund für die Schwäche der Kommunisten findet sich im Jahr 1927. Im Dezember trat nämlich die vierköpfige kommunistische Stadtverordnetenfraktion geschlossen zur SPD über. Lediglich ein kommunistischer Stadtverordneter gab dabei sein Mandat an seine nun ehemalige Partei zurück. In einem langen, im „Halberstädter Tageblatt“ veröffentlichten Schreiben, begründete das Quartett seinen Schritt.

Unter anderem heißt es darin: „Die unterzeichneten, bisher in der KPD, organisierten Stadtverordneten, sind aus dieser ausgeschieden. Seit längerer Zeit bestanden Differenzen, die letzten Endes in einer Form ausgetragen wurden, die ein Verbleiben der Unterzeichneten in der KPD nicht mehr möglich machten. Das Ziel der Tätigkeit eines proletarischen Stadtverordneten soll und muß es sein, das Möglichste für die von ihm vertretenen Wähler zu erreichen. Die heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind der Gestalt, daß sich nur durch ein taktisch richtiges Arbeiten ein Erfolg erzielen läßt.

Durch phrasenreiches, rein agitatorisches Wirken, wird kein realer Erfolg für die Arbeiterschaft errungen. Reaktion und Kapital bilden auch hier in Wernigerode eine geschlossene Kampffront. Einer verständigen Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion ist es zu danken, daß mancher Erfolg für die Arbeiter erreicht werden konnte, der in anderen Kommunen, in denen die Fraktionen den Kampf gegeneinander führten und noch führen, nicht zu verbuchen ist. Trotzdem das von unseren führenden Genossen anerkannt wurde, hat man uns in einer Art und Weise angegriffen, die ein weiteres Verbleiben in diesen Kreisen unmöglich machen mußte.

Wer den Interessen der gesamten Arbeiterschaft den Vorrang einräumt entgegen den reinen Parteiinteressen, hat keinen Platz in der KPD. Wer das Wort „Einheitsfront“ zur Tat werden lassen will, muß jenen Kreisen den Rücken kehren.

[...] In und mit einer solchen Partei kann der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse nicht geführt werden. Wir sind daher in die SPD zurückgetreten und werden in der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion weiterhin unsere Mandatspflichten erfüllen. Unseren Klassengenossen aber rufen wir zu: „Prüfet, wo Ihr steht!“ [...]

Es ist bezeichnend, dass bereits zu diesem Zeitpunkt von „einfachen“ KPD-Mitgliedern aufgrund ihrer Erfahrung mit dem kommunistischen Parteiapparat die Feststellung getroffen wird, dass die KPD keine Einheitsfront (der Arbeiterparteien) will, obwohl offiziell erst auf dem XII. Parteitag der KPD knapp zwei Jahre später, 1929, die längst in der Praxis ausgeübte „Generallinie“ bestätigt wurde, nach der die Sozialdemokratie als der faschistische Hauptfeind galt, der in erster Linie bekämpft werden müsse. Festgehalten werden muss: Der organisierte deutsche Kommunismus wollte seit der Gründung nie ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Der Grund lag auf der Hand: Es ging darum, im Arbeitermilieu die Hegemonie für das Ziel eines „Sowjetdeutschland“ zu erreichen – auch wenn gelegentlich etwas anderes verlautbart wurde. Nicht nur in Wernigerode brauchten die Kommunisten, um dieses Ziel dann nach dem Zweiten Weltkrieg zu erreichen, dafür die sowjetische Besatzungsmacht. Die Arbeiter vermochten sie in der Mehrzahl nicht für ihre Ziele zu begeistern. So zog dann auch bereits ein halbes Jahr nach der Zwangsvereinigung 1946 der vormals kommunistische Ko-Vorsitzende der Wernigeröder Kreis-SED, Karl Glänzel, ein ernüchterndes Fazit, in dem er feststellte, dass in der „Arbeiterpartei“ die Arbeiter in der Minderheit waren. Stärkste Gruppe in der SED im Herbst 1946 waren demnach die Handwerker und Kaufleute mit 1.986 männlichen und 225 weiblichen Mitgliedern, vor den Industriearbeitern (1.868 männlich und 163 weiblich). Stark vertreten waren auch die Angestellten und Beamten (1.409 männliche und 438 weibliche Mitglieder). Glänzel, der fünf Jahre später in „Ungnade“ fiel, weil ihm „sozialdemokratisches Gedankengut“ und „gefährliches Versöhnertum“ vorgeworfen wurden, zog zudem den Schluss: „80% der neuen Parteimitglieder [...] beteiligen sich sehr wenig am politischen Leben. [...] Sie sind sehr oft nicht aus Überzeugung zu uns gestossen, sondern sehr viele sind aus weiser Berechnung zu uns gekommen. [...] Bemerkenswert ist noch, dass die weit grösseren Feinde unserer Partei der Stumpfsinn und die Gleichgültigkeit einzelner Mitglieder sind.“ Es sollte noch 43 Jahre dauern, bis die SED – und die DDR – unter anderem daran scheiterten.

Silke Jauck (Dipl.sc.pol.Univ.)

## **Gustav Richard Völkel – Spurensuche zu einem SPDler Mitteldeutschlands**

Was im Jahr 2014 als interessierte Ahnenforschung, von meiner neuen Heimat in den Rocky Mountains der USA, zu den Lebenswegen meiner Vorfahren begann, entwickelte rasch eine Eigendynamik. Mit der Ermutigung von Michael Viebig, Leiter der „Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale)“, und Daniel Bohse, Leiter der „Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg“, begannen meine sich vertiefenden Recherchen zu meinem sozialdemokratischen Urgroßvater Gustav Richard Völkel (1892 – 1960), besonders in Bezug auf seine Mitgliedschaft in der SPD Mitteldeutschlands, seine Widerstandsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus und seinen weiteren Lebensweg in der DDR.

Es wurde bereits in den ersten Wochen meiner Recherchen, einschließlich eines längeren Telefonats mit Dr. Beatrix Herlemann, deutlich, daß viele Eckdaten in seiner Biografie keine Zufälle sind, sondern im direkten Zusammenhang mit der deutschen Geschichte und der Geschichte der SPD Mitteldeutschlands stehen. Durch z.T. großes Glück sind im familiären und dörflichen Umfeld einzigartige historische Dokumente erhalten geblieben und mir überlassen worden. Ebenso verhalf mir der Rechercheerfolg in den verschiedenen Archiven zu einer überraschenden Dokumentenfülle. So war es nur konsequent ein Buchprojekt zum Lebensweg meines sozialdemokratischen Urgroßvaters zu beginnen, welches 2018 im Rahmen einer Wanderausstellung und in Kooperation mit der „Gedenkstätte Roter Ochse“ in Mitteldeutschland vorgestellt werden wird.

Bereits Dr. Beatrix Herlemann zeigt in ihrem Buch „Wir sind geblieben was wir waren. Sozialdemokraten“<sup>5</sup> eine „Vergleichbarkeit der Biografien“ in Bezug auf die Lebenswege der Sozialdemokraten aus der Generation Richard Völkels auf. Die Biografie meines Urgroßvaters steht im direkten Zusammenhang mit der Geschichte der SPD Mitteldeutschlands und ist somit eine dieser „vergleichbaren Biografien“. Es gibt immer wieder Überschneidungen zu den Lebenswegen seiner Weggefährten und Gleichgesinnter. Die Geschichte meines Urgroßvaters ist aber auch ein großes Stück die Geschichte meines Heimatdorfes Droyßig, in dem auch er aufgewachsen ist und

---

<sup>5</sup> Beatrix Herlemann: Wir sind geblieben, was wir waren, Sozialdemokraten, Halle (Saale) 2001, S. 295 ff

als aktives Mitglied der SPD, erst als gewählter Vertreter, später im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, aktiv war.

Droyßig ist ein ca. 2.000 Einwohner zählendes Dorf im südlichen Sachsen-Anhalt mit einer langen sozialdemokratischen Tradition. Die Vereinsfahne des 1869 gegründeten Ortsvereins des ADAV vom 10. Juli 1870 gehört deutschlandweit zu den ältesten erhalten gebliebenen. Bereits mein Urgroßvater Johann Friedrich Wilhelm Pocher (1840 – 1906) war „Sozialdemokrat der ersten Stunde“ und wurde als solcher vom örtlichen Gendarmen denunziert. Heimlich vertrieb er im Ort den verbotenen, noch galten das Sozialistengesetz, sozialdemokratischen „Volksboten“.

Aus einer Droyßiger Handwerkerfamilie stammend galt mein Urgroßvater Richard Völkel bereits als Schüler als sehr intelligent, der Zugang zu einer höheren Bildung blieb ihm jedoch verwehrt. Nach dem Abschluß der Volksschule ging Richard Völkel den traditionellen Weg eines Arbeiterjungen. Nach seiner Lehrausbildung zum Machinenschlosser folgten die Gesellen- und Wanderjahre. Bereits 1913 zum Wehrdienst eingezogen, kämpfte er im ersten Weltkrieg von Beginn an und stieg bis in den Rang des Vizefeldwebels (Unteroffizier) auf. Nach Kriegsende und der Demobilisierung seiner Einheit verpflichtete er sich für zwei weitere Jahre in der berüchtigten „Eisernen Division“, einer zur Abwehr vordringender sowjetischer Truppen im lettischen Kurland eingesetzten Freiwilligeneinheit des Deutschen Reiches. Dieser Fakt ist auch vor dem Hintergrund Richard Völkels weiteren Lebensweges bemerkenswert.

Nach der Auflösung der „Eisernen Division“ erfolgte die Rückkehr meines Urgroßvaters zu seiner zeitweise in Naumburg wohnenden Familie. Mit seiner Arbeitsaufnahme in den nahen Leuna Werken gelangte er mitten hinein in den nur wenig später als „rotes Herz Mitteldeutschlands“ bezeichneten Regierungsbezirk Merseburg.<sup>6</sup> Vermutlich durch die Agitation seiner kommunistischen Kollegen trat mein Urgroßvater 1920 der KPD bei und wurde als Vertrauensmann in den Betriebsrat der Leuna Werke gewählt. Durch diesen Schritt ging er einen gesonderten Weg im Vergleich zu anderen ehemaligen (Unter)Offizieren der „Eisernen Division“, die sich z.T. den neugebildeten Freikorps anschlossen, um gegen die linken Kräfte der Weimarer Republik zu kämpfen. Die Mitteldeutschen Aufstände von Mitte März 1921 fanden auch Richard Völkel in den Reihen der

---

<sup>6</sup> Vgl. Hermann-J. Rupieper und Alexander Sperk (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933 – 1936, Halle (Saale) 2004, S. 15

radikalen Anführer wieder und als Konsequenz folgte seine Entlassung aus den Leuna Werken.

In einem offenen Brief vom 1. September 1925 forderte Josef Stalin von der KPD die Unterordnung der Parteiarbeit unter die Interessen der Sowjetunion.<sup>7</sup> Die Folgen dieser Direktive zogen sich bis nach Droyßig. Der unter dem Moskau treuen Vorsitzenden Ernst Thälmann einsetzenden Stalinisierung der KPD folgten sowohl eine große Austrittswelle als auch Ausschlußverfahren.<sup>8</sup> Richard Völkel trat 1926 aus der KPD aus und gab in späteren Biografien "innerparteiliche Differenzen"<sup>9</sup> als Beweggrund an. Im gleichen Jahr trat er der Droyßiger SPD bei und wurde wiederum rasch politisch aktiv. Erfolgreich kandidierte er fortan bei den Gemeindewahlen und war bis 1933 als Gemeindevertreter aktiv und übte führende Funktionen auf Kreis- und Bezirksebene aus.<sup>10</sup>

Die wiederholte Arbeitslosigkeit und damit fortwährende materielle Not nicht nur seiner Familie einerseits und andererseits die im Droyßiger Schloß residierende Prinzenfamilie vor Augen, seine Erfahrungen als Arbeiter und sein politisches Engagement auf kommunaler und übergeordneter Ebene hatten in Richard Völkel den Willen gestärkt, sich politisch weiter zu bilden und mit seiner Arbeit als Gemeindevertreter gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Ebenso wie sein späterer Weggefährte Fritz Drescher im Jahr 1925, besuchte auch Richard Völkel Lehrgänge der in der Nähe von Gera gelegenen Heimvolkshochschule Tinz.<sup>11</sup> Die 1920 gegründete Schule hatte den Anspruch, parteiübergreifend Frauen und Männern in mehrmonatigen Kursen in Wirtschaft, Politik, Geschichte, Kultur und Psychologie zu unterrichten, denen sonst der Zugang zur höheren Bildung verwehrt war. Am 19. März 1933 wurde die Schule durch die Nationalsozialisten geschlossen.<sup>12</sup>

Die sich durch Deutschland ziehende politische Spaltung spiegelte sich auch in Droyßig wider. Es gab neben den verschiedenen Parteien und deren Kampfgruppen

---

<sup>7</sup> Vgl. Klaus Finck: Klaus Wurth (1961 – 1948), Norderstedt 2004, S. 164

<sup>8</sup> Siehe: Frank Hirschinger: "Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter". Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918 – 1953, Göttingen 2005

<sup>9</sup> Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg (im Folgenden: LHASA-MD), K 6-1, Nr. 5514, Bl. 12

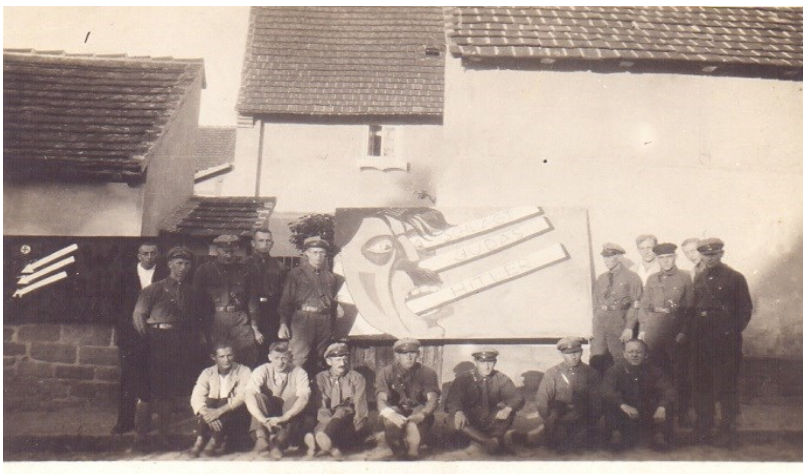
<sup>10</sup> Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Merseburg (im Folgenden: LHASA-MER), K 12 Merseburg, Nr. 157, Bl. 13

<sup>11</sup> Vgl. LHASA-MER, K 12 Merseburg, Nr. 157, Bl. 13

<sup>12</sup> Vgl. [http://www.thueringen.de/mam/th1/staatsarchive/3-33-2200\\_heimvolkshochschule\\_tinz.pdf](http://www.thueringen.de/mam/th1/staatsarchive/3-33-2200_heimvolkshochschule_tinz.pdf), S. III u. S.

auch getrennte Vereine und Gasthöfe je nach bürgerlicher (später meist nationalsozialistischer), kommunistischer oder sozialdemokratischer Anschauung/Überzeugung. Mit den beginnenden 1930er Jahren erreichten diese gewaltsamen Auseinandersetzungen sowohl an Brutalität als auch an Häufigkeit eine neue Dimension. Die Kampfbünde der drei Hauptparteien, Reichsbanner (SPD), Roter Frontkämpferbund (KPD) und Sturmabteilung, SA (NSDAP), bekämpften sich verbissen. Als Folge einer dieser Zusammenstöße mit der SA, mein Urgroßvater war Vorsitzender des Ortsvereins des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“, wurde Richard Völkel im September 1932 durch die Staatsanwaltschaft Naumburg zu 14 Tagen Haft wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung verurteilt. Die Haftstrafe wurde durch die Weihnachtsamnestie vom 20. Dezember 1932 erlassen.<sup>13</sup>

Es gibt in meiner Familie zwei historisch bedeutsame Aufnahmen von Versammlungen des 1. Mai in Droyßig. Die erste stammt aus dem Jahr 1895 und zeigt meinen sozialdemokratischen Urgroßvater Wilhelm Pocher mit seiner Familie inmitten einer großen Gruppe Droyßiger und dürfte zu den ältesten deutschlandweit erhalten gebliebenen 1. Mai Aufnahmen gehören. Auf dem anderen Foto ist mein Urgroßvater Richard Völkel mit weiteren Reichbannermittgliedern, vermutlich sogar aufgrund der verwendeten Symbolik Mitglieder der „Eisernen Front“, in militärisch wirkenden Uniformen zu sehen, aufgenommen am 1. Mai 1932. In den Jahren 1931/32 wurde der Kampf der einzelnen Parteien um Mitglieder und Wählerstimmen erbittert geführt und machte auch vor Droyßig nicht halt. Dieser 1. Mai 1932 führte zu einem Zusammenstoß zwischen den sozialdemokratischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Demonstrationszügen und ihren Kampfbünden und endete gewalttätig im Ortskern Droyßigs.



<sup>13</sup> Vgl. LHASA-MD, K 6-1, Nr. 5514, Bl. 14

*Richard Völkel, stehend Dritter von links, Plakataufschrift: Schlagt Judas Hitler, 1. Mai 1932 (Original und Genehmigung Gisela Rammel,) die meisten Namen der anderen Abgebildeten konnten ermittelt werden und liegen der Autorin vor*

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 begann Schlag auf Schlag in den folgenden Wochen und Monaten durch die Reichstagsbrandverordnung, das Ermächtigungsgesetz, das Gewerkschaftsverbot und deren Vermögenseinzug, das KPD und SPD Verbot und die Annulierung ihrer Reichstagssitze das Ende der Weimarer Republik und des Rechtsstaates. Die Chronologie dieser Ereignisse und die Brutalität der neuen Zeit machten auch vor Droyßig nicht halt.

Am 6. Mai 1933 wurde mein Urgroßvater in seiner Wohnung und im Beisein seiner Frau und Kinder verhaftet. Unter den SA Männern, die seine Wohnung durchsuchten und ihn abführten, befanden sich auch ehemalige SPD Genossen, die ihr Parteibuch gewechselt hatten und nun stramme Nationalsozialisten waren. Gemeinsam mit weiteren führenden SPDlern und KPDIern Droyßigs wurde mein Urgroßvater auf einem im Dorfzentrum geparkten LKW verladen und in Schutzhaft interniert. Das Dorf schaute zu und schwieg. Noch im April 1933 war Richard Völkel als gewählter Gemeindevertreter der SPD zur Versammlung der Gemeindevertretung Droyßigs eingeladen und hat daran teilgenommen. „Niemand protestierte in Droyßig...“<sup>14</sup> gegen die Verhaftungen, das Klima der Angst und die Begeisterung für Hitler hatten sich auch in Droyßig ausgebreitet und der nationalsozialistische Terror wird noch weitere 12 Jahre dauern.

Der Erlaß vom Ministerium des Innern vom Juli 1933 erklärte auch die Sitze der gewählten Sozialdemokraten der seit dem 22.6.1933 verbotenen SPD, wie den Sitz meines inzwischen im KZ Lichtenburg inhaftierten Urgroßvaters Richard Völkel in der Droyßiger Gemeindevertretung, für unwirksam. Während bei dem vorangegangenen Ausschluß der KPD aus den Gemeindevertretungen die frei gewordenen Stellen unbesetzt bleiben mußten, konnten nun die ehemaligen Sitze der SPD neu vergeben werden. Es wird mit unverhohlener Deutlichkeit formuliert, daß NSDAP Mitglieder dafür vorgesehen sind. Diese nachrückenden Nationalsozialisten sind nicht mehr gewählte Gemeindevertreter, sondern werden durch die Kommunalaufsichtsbehörde

---

<sup>14</sup> Dr. Lothar Diersch: Wie für mich das Dritte Reich begann, in: Droyßiger Hefte, Nr. 12, Zeit 1999, S. 21



berufen, sind aber trotzdem den verbliebenen gewählten Gemeindevertretern gleichgestellt.<sup>15</sup>

Die Gefängnisse in Mitteldeutschland waren im Frühjahr 1933 mit den Schutzhaftgefangenen der KPD und SPD überfüllt, was zur schnellen Errichtung von Konzentrationslagern wie Lichtenburg führte. Das ehemalige Barockschloß wurde in Preußen als Strafanstalt umfunktioniert und gehörte 1933 zu den ersten im Deutschen Reich eingerichteten Konzentrationslagern. Die Torgauer Zeitung berichtete in der Ausgabe vom 26. Mai 1933 von ca. 1.000 Schutzhäftlingen im Regierungsbezirk Merseburg, wozu auch Droyßig gehörte. Die ersten 500 Gefangenen trafen am 20. Juni 1933 in einem aus Halle (Saale) kommenden Sonderzug in Dommitzsch ein, gefolgt von einem Fußmarsch ins Prettiner KZ Lichtenburg ein.<sup>16</sup>

Im KZ Lichtenburg traf Richard Völkel viele bekannte Weggefährten aus dem Regierungsbezirk Merseburg. Auch der ehemalige SPD Bürgermeister Magdeburgs und spätere Westberliner Bürgermeister Ernst Reutter war zu dieser Zeit im KZ Lichtenburg inhaftiert, ebenso wie Wolfgang Langhoff, der Verfasser von „Die Moorsoldaten“.

Wie andere Verfolgte des Naziregimes, so gab auch Richard Völkel nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft im Oktober 1933 seinen Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht auf und begann im Dezember 1933 seine illegale Arbeit zur Weiterführung der verbotenen SPD. Ein erster wichtiger Kontakt war Hermann Winter, sein Mithäftling im KZ Lichtenburg. Richard Völkel besuchte ihn kurz nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft in Weißenfels und traf dort dessen im gleichen Hause lebenden Schwiegersohn Fritz Drescher wieder, der sein Weggefährte im Widerstand wird.<sup>17</sup>

Fritz Drescher war einige Jahre jünger als Richard Völkel und ebenso wie mein Urgroßvater in führenden Funktionen innerhalb der SPD aktiv. Beide kannten sich bereits aus der Zeit vor der Machtübernahme des Nationalsozialisten durch ihre

---

<sup>15</sup> Vgl. Ausf.-Anw. Zur VO. zur Sicherung der Staatsführung v. 7.7.1933 (RGBl. I s. 462), Akten im Gemeindeamt Droyßig, S. 1 - 3

<sup>16</sup> Vgl. Sonderzug nach Lichtenburg, Torgauer Zeitung vom 21. Juni 1933, in: Ausstellung in KZ Gedenkstätte Lichtenburg, keine Seitenangabe

<sup>17</sup> Vgl. Landesarchiv Niedersachsen (im Folgenden: Nds.) 110 W, Acc. 14/99, Nr. 119514, Bl. 44; E-Mail Stadtarchiv Weißenfels vom 19.03.2015; LHASA-MER, K 12 Merseburg, Nr. 157, Bl. 14

gemeinsame Parteiarbeit.<sup>18</sup> Dreschers Vater Reinhold Drescher war, von August Bebel berufen, von 1906 - 1933 SPD Bezirkssekretär. Während seines Besuchs in Weißenfels erfuhr Richard Völkel von den geheimen Treffen Fritz Dreschers mit Robert Keller, dem ehemaligen SPD Parteisekretär von Eisleben, und den von ihm erhaltenen illegalen Schriften.

Der im Prager Exil lebende SPD Vorstand SOPADE veröffentlichte mit der „Sozialistischen Aktion“ eine eigene Zeitung. In der Ausgabe vom 28.1.1934 wird das neue Programm der SPD formuliert: „Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es keinen Kompromiss, ist für Reformismus und Legalität keine Stätte. ... Die Taktik bedient sich zum Sturz der Diktatur aller diesem Zweck dienenden Mittel.“<sup>19</sup> Der mit der Neuorganisation der SPD Mitteldeutschlands beauftragte und sich im Prager Exil befindliche Robert Keller nahm den Kontakt zu ehemaligen SPD Funktionären wie Fritz Drescher in Weißenfels auf und versuchte sie zur Zusammenarbeit mit der illegalen SPD zu gewinnen und bei der Verbreitung der in der Tschechei gedruckten Schriften zu helfen.<sup>20</sup>

Nach dem konspirativen Treffen in Weißenfels folgten zur Planung des weiteren Vorgehens und Organisation der Widerstandsarbeit Gegenbesuche Fritz Dreschers in Droyßig. Mein Urgroßvater nennt für diese Zeit auch seine Zugehörigkeit in der Gruppe „Neu beginnen“, die sich für die Bildung einer Einheitsfront einsetzte und vermutlich auch den Kontakt zu Fritz Drescher mit einschloß. Während zwei weiterer Treffen zwischen Richard Völkel und Fritz Drescher im April und Juni 1934 wurde eine geheime Reise meines Urgroßvaters zu Robert Keller, der Teil des SPD Exil-Vorstandes SOPADE ist, in die Tschechei besprochen. Vermutlich kannten sich Keller und mein Urgroßvater bereits u.a. aus ihrer Mitgliedschaft beim Reichsbanner, beide waren Reichbannerführer.<sup>21</sup> Bereits am Bahnhof im tschechischen Bodenbach wurde Richard Völkel von Robert Keller abgeholt und sie verbrachten zwei Tage miteinander und tauschten sich u.a. über ihre Erfahrungen und Einschätzungen der politischen Situation aus. Durch Robert Keller lernte mein Urgroßvater auch die Anwendung des sogenannten „sozialistischen Spiegels“ kennen.<sup>22</sup> Dabei wurde ein

---

<sup>18</sup> Vgl. Bundesarchiv Berlin, (im Folgenden: BArch) R 3018-NJ-9554, Bl. 23

<sup>19</sup> Nds. 110W, Acc.14/99, Nr.119514, Bl. 27

<sup>20</sup> Vgl. ebenda, Bl. 29

<sup>21</sup> Vgl. Rupiener, Sperk, S. 57, Fußnote 159

<sup>22</sup> Vgl. BArch, R3018-NJ-17329, Bl. 2; BArch, R3018-NJ-9554, Bl. 3

Blatt mit ausgeschnittenen Feldern auf den zu lesenden Brief gelegt und die Ausschnitte geben den eigentlichen Text frei.

Der in Zeitz ansässige jüdische Arzt Dr. Flörsheim war ein weiteres aktives Mitglied der Widerstandsgruppe und half mit Fahrten in seinem Privat-PKW nach Tschechien illegale Druckschriften sowie Geld zur Unterstützung Inhaftierter von der SOPADE ins Deutsche Reich zu transportieren.<sup>23</sup> Vermutlich war er der Einzige innerhalb der Gruppe, der über ein Auto verfügte und half mit seinem Fahrzeug auch bei Fahrten zu konspirativen Treffen innerhalb des Regierungsbezirkes Merseburg.<sup>24</sup> Daß die Mitglieder der Widerstandsgruppe trotz ihrer großen Anzahl und Ausbreitung über weite Gebiete Mitteldeutschlands nahezu drei Jahre namentlich unentdeckt arbeiten konnten zeugte von ihrer inneren Geschlossenheit und erfolgreichen Arbeit in der Illegalität.

Die konspirative Arbeit meines Urgroßvaters und der anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe schloß auch Reisen zu illegalen Zusammenkünften nach Halle (Saale) ein, wo er u.a. mit Fritz Drescher Vorträge z.B. über das Sprengstoffwerk Reinsdorf besucht hat.<sup>25</sup> Geheime Treffen zur Besprechung der illegalen Aufbauarbeit fanden auch in verschiedenen Privatwohnungen, wie in Ammendorf, statt.<sup>26</sup>

Im 2. Band der „Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933-1936“ sind die geheimen Gestapo Berichte des Regierungsbezirks Merseburg veröffentlicht. Wiederholt wird dort eine an verschiedenen Orten im Regierungsbezirk Merseburg aktive Widerstandsgruppe erwähnt. Die Staatspolizei weiß um diese Gruppe, hat aber noch keine Namen ermitteln können. Noch ist niemand verhaftet und verhört worden. Es ist auch bekannt, daß es dieser Gruppe gelungen ist eine Art Einheitsfront zwischen SPD, SAP und jüdischen Intellektuellen zu gründen, die im großen Rahmen mit der KPD auf nationaler Ebene nicht gelungen ist.<sup>27</sup> Bei den späteren Gerichtsverfahren gegen die Mitglieder der Widerstandsgruppe bildeten die von der Gestapo zusammengestellten Beweismaterialien die Grundlagen für die als geheim eingestuftes Anklageschriften des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht Berlin.

---

<sup>23</sup> Vgl. Rupiener, Sperk (Hrsg.), S. 527 - 528

<sup>24</sup> Vgl. BArch, R 3018-NJ-9554, Bl. 15

<sup>25</sup> Vgl. BArch, R3018-NJ-17329, Bl. 2

<sup>26</sup> Vgl. BArch, R3018-NJ-9554, Bl. 25

<sup>27</sup> Vgl. Rupiener, Sperk, S. 527 - 528

Am 22. November 1935 wird der Zeitzer jüdische Arzt Dr. Gustav Flörsheim wegen sogenannter Rassenschande verhaftet. Die damit einsetzenden Verhöre und Mißhandlungen, in den Lageberichten der Gestapo als „intensive Überholung“ formuliert, führen im Laufe der Wochen und Monate auch zum Entdecken der Widerstandsaktivitäten einer größeren Einheitsorganisation Mitteldeutschlands. Dieser gehörten neben Dr. Flörsheim auch SPDler und SAP-Anhänger an. Es ist der Gestapo aufgrund der Vernehmungen Dr. Flörsheims somit bereits im November 1935 bekannt, daß es einen regen Kontakt zwischen der SOPADE in Prag und Anhängern der verbotenen SPD gibt. Noch gibt es aber keine konkreten Erkenntnisse und/oder weitere Namen.<sup>28</sup>

Im Lagebericht der Staatspolizeistelle Halle für Dezember 1935, des Folgemonats, werden bereits erste Namen von inzwischen 25 Festgenommenen der Widerstandsgruppe angegeben, darunter der ehemalige Zeitzer sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Wegmann.<sup>29</sup> Die Vernehmungen führen zu einer Vielzahl weiterer Geständnisse und die Gestapo rechnet mit weiteren bis zu 50 Festnahmen.<sup>30</sup>

Das Netz der Verfolgung zieht sich immer enger. In den Lageberichten der Gestapo vom Februar 1936 finden sich neue, vermutlich durch Verhöre und Mißhandlungen erpreßte, Erkenntnisse über die in der Illegalität arbeitenden SPDler. Die Gestapo erhält einen immer tieferen Einblick in die Organisation und Arbeitsweise der Widerstandsgruppe und kennt inzwischen weitere Namen von SPD-Funktionären.<sup>31</sup> Trotzdem sind noch nicht alle Mitglieder der illegalen Organisation entdeckt und die meisten der bereits Inhaftierten halten in den Verhören der Gestapo Stand, wie aus dem Lagebericht vom März 1936 zu ersehen ist: „Die Vernehmungen der Einzelnen gestalten sich in den meisten Fällen äußerst schwierig. Fast alle Beteiligten sind überzeugte Marxisten, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln das Dritte Reich stürzen sich bemühen. Es erscheint absolut ausgeschlossen, daß die Mehrheit dieser Leute jemals des nationalsozialistische Gedankengut sich zu eigen macht.“<sup>32</sup> Trotzdem gelingt es der Gestapo, auch durch die Verhöre des bereits seit November 1935 inhaftierten jüdischen Arztes Dr. Gustav Flörsheim sowie die Aussagen bereits

---

<sup>28</sup> Vgl. ebenda, S. 527 - 528

<sup>29</sup> Paul Wegmann stirbt am 3. April 1945 im KZ Buchenwald an Flecktyphus.

<sup>30</sup> Vgl. Rupiener, Sperr, S. 536 - 537

<sup>31</sup> Vgl. ebenda, S. 606 - 608

<sup>32</sup> ebenda, S. 646

Verhafteter, die Verbindungen zu den übrigen Mitgliedern der Widerstandsgruppe herzustellen und es beginnt eine sich durch den gesamten Regierungsbezirk Merseburg ziehende Verhaftungswelle.<sup>33</sup> Infolge eines bei einem Verkehrsunfall von der eingeschalteten Gestapo gefundenen Fotos, und ebenfalls entdeckter geheimer Flugblätter, wird auch mein Urgroßvater erkannt.<sup>34</sup> Am 6. Oktober 1936 wird Richard Völkel auf seiner Arbeitsstelle verhaftet und noch im selben Monat beginnt der Strafprozeß. Trotz umfangreicher Verhöre, einer Vielzahl von Zeugen und der Aussagen meines Urgroßvaters gelang es der Gestapo nicht, die gesamte Widerstandstätigkeit meines Urgroßvaters aufzudecken. Die beim Volksgerichtshof Berlin am 13. Oktober 1936 eingereichten Akten des Ermittlungsverfahrens gegen Richard Völkel beschuldigen ihn „ ... in der Zeit von April bis August 1934 den organisatorischen Zusammenhalt der SPD gefördert und dadurch ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet zu haben...“<sup>35</sup>

Da die meisten der Angeklagten aus verschiedenen Orten Mitteldeutschlands stammten, von Halle und Ammendorf bis Halberstadt, Sangerhausen, Zeitz und Droyßig reichend, wurden sie nach örtlichen Gesichtspunkten in Gruppen eingeteilt. Abhängig davon zu welchem Ort ihre Widerstandstätigkeit zugeordnet worden ist, wurden sie in neun Anklagegruppen, jeweils mit Großbuchstaben unterschieden, zusammengefaßt.<sup>36</sup> Das Verfahren gegen Richard Völkel ist Teil der „Anklageschrift J. (Halle)“,<sup>37</sup> Fritz Drescher wurde der Anklageschrift H (Naumburg, Bitterfeld, Weißenfels) zugeteilt.<sup>38</sup> Der Vorsitzende des 5. Strafsenats des Kammergerichts Berlin übergab die Anklageschrift gegen meinen Urgroßvater am 22. Oktober 1936 an den Vorsitzenden des 5. Strafsenats des Kammergerichts Berlin. Zur Zuständigkeit des Kammergerichts gehörte auch die Aburteilung politischer Straftaten, vor allem der im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiven KPDler und SPDler wie mein Urgroßvater Richard Völkel. Die Verhandlung selbst fand im Oberlandesgericht Naumburg statt, dem eine überregionale Bedeutung

---

<sup>33</sup> Vgl. Rupiener, Sperk, S. 642 ff

<sup>34</sup> Vgl. Fritz Voelkel: Rot und Braun, ohne Jahres- und Ortsangabe, (Privatbesitz Silke Jauck), S. 48

<sup>35</sup> BArch, R3018-NJ-17329, Bl. 1 - 3

<sup>36</sup> Vgl. BArch, R 3018-NJ-9554, Bl. 6

<sup>37</sup> Vgl. BArch, R3018-NJ-17329, Bl. 2 ff; BArch, R 3018-NJ-9554, Bl. 1 ff

<sup>38</sup> Vgl. Nds. 110 W, Acc. 14/99, Nr. 119514, Bl. 24 ff

zukam. Hier fielen alle obergerichtlichen Entscheidungen der Preußischen Provinz Sachsen, zu der auch Droyßig gehörte.<sup>39</sup>

In den Anklageschriften ist deutlich formuliert, daß die illegalen Tätigkeiten der verbotenen SPD eine fundamentale Bedrohung für den nationalsozialistischen Staat bedeuteten und deshalb als „... Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens anzusehen [sind]...“<sup>40</sup> Konkret wird der sich im tschechischen Exil befindliche Robert Keller genannt, dem es gelang in Mitteldeutschland ein sich immer weiter ausbreitendes Netzwerk von im Widerstand arbeitenden SPDlern aufzubauen. Daß sich diese teilweise aus ihrer früheren Parteiarbeit innerhalb der SPD kannten wurde gezielt beim Aufbau dieser illegalen Strukturen genutzt.<sup>41</sup> Die in der „Anklageschrift J. (Halle)“ zusammengefaßten Personen wurden beschuldigt „... in Mitteldeutschland die illegale Sozialdemokratie zu errichten. ... und [die illegale SPD, Anm. der Verf.] erstrebt nunmehr den gewaltsamen Sturz der Regierung Adolf Hitlers, ...“<sup>42</sup> Diese Gewaltbereitschaft der verbotenen SPD bedeute für die nationalsozialistische Regierung eine Abkehr von der ihnen bisher vertrauten SPD, die mit legalen Mitteln zur Macht gelangen wollte. Vor seiner Verhaftung war mein Urgroßvater u.a. Teilnehmer eines geheimen Vortrages in Halle (Saale) über das Sprengstoffwerk Reinsdorf.<sup>43</sup>

Nach seiner Entlassung im April 1939 aus dem Zuchthaus „Roter Ochse“ wurde mein Urgroßvater von seiner alten Firma erneut eingestellt und zog sich bis auf wenige Ausnahmen aus seiner Widerstandsarbeit zurück. Bis Anfang 1946 arbeitete er in Leitungsfunktionen auf verschiedenen Baustellen in Ober- und Niederösterreich. Nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde auch mein Urgroßvater im Zusammenhang mit der „Aktion Gitter“ Anfang August 1944 erneut festgenommen. Nach kurzer Haft im Gerichtsgefängnis Linz wurde er ins KZ Mauthausen eingeliefert, wo er mehrere Wochen inhaftiert bleibt.

Das Kriegsende erlebte Richard Völkel im österreichischen St. Valentin. Auch nach 12 Jahren des Verbots der SPD blieb mein Urgroßvater der Sozialdemokratie

---

<sup>39</sup> Vgl. Stiftung der Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt Hrsg.): Justiz im Nationalsozialismus, S. 84, 99

<sup>40</sup> BArch, R3018-NJ-17329, Bl. 9

<sup>41</sup> Vgl. BArch, R3018-NJ-17329, Bl. 2 ff; Vgl. BArch, R3018-NJ-9554, S. 4 ff

<sup>42</sup> Vgl. BArch, R3018-NJ-9554, Bl. 3

<sup>43</sup> Vgl. BArch, R3018-NJ-17329, Bl. 2

verbunden und trat am 1. Oktober 1945 in St. Valentin der neu gegründeten Sozialistischen Partei Österreichs, Sozialdemokraten und Revolut. Sozialisten (SPÖ) bei.

Anfang Mai 2017 fliege ich von den USA aus nach Österreich und nehme am 7. Mai auf Einladung der SPÖ St. Valentin, und im ehrenden Gedächtnis an meinen Urgroßvater und all die anderen Inhaftierten, an der internationalen Gedenk- und Befreiungsfeier der KZ-Gedenkstätte Mauthausen teil. Angereist waren auch die letzten noch reisefähigen Überlebenden des Konzentrationslagers. Als diese kleine Gruppe von weniger als zehn gebeugten Menschen langsam an mir vorbei schritt wurde mir schmerzhaft bewußt, daß es in wenigen Jahren keine unmittelbare Geschichtserinnerung mehr geben wird.

Die ersten Nachkriegsjahre brachten viele große Veränderungen in Richard Völkels Leben, beruflich, politisch und auch privat. Im Februar 1946 entschloß sich mein Urgroßvater zu seiner Rückkehr nach Droyßig. Diese Entscheidung hatte mehrere Gründe. Zum einen fand seine berufliche Arbeit in Österreich seinen Abschluß, zum anderen hatte er den Wunsch beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands mitwirken zu wollen. Wieder in Droyßig wohnhaft, trat er am 1. März 1946 übergangslos von der SPÖ der neugegründeten SPD bei und wurde Mitglied seiner alten sozialdemokratischen Ortsgruppe in Droyßig.

Nach der Vereinigung von KPD und SPD am 22. April 1946 blieb Richard Völkel zunächst parteilos. In einem am 21. November 1946 verfaßten Lebenslauf gibt mein Urgroßvater an, daß er ab dem 1. Mai 1946 informatorisch in der Kreisverwaltung Zeitz beschäftigt war.<sup>44</sup> Erst im Juni 1946 ist er der SED beigetreten und war bis November 1946, als er in eine andere Funktion berufen worden ist, Parteisekretär der Kreisleitung der SED und Mitarbeiter des Kreisverbandes Zeitz.<sup>45</sup>

Die Vereinigung von KPD und SPD als Zwangsvereinigung zu benennen berücksichtigt nicht alle Beweggründe der anfänglichen Befürworter wie Ernst Thape (SPD) und anderer SED Gründungsmitglieder. Die anfängliche Einheitseuphorie der historischen Vereinigung der einst verfeindeten Arbeiterparteien wich vor allem unter den ehemaligen SPDlern großer Ernüchterung, auch in Anbetracht der immer stärker werdenden Dominanz ehemaliger KPDler, vor allem der aus dem sowjetischen Exil

---

<sup>44</sup> Vgl. LHASA-MER, K 12 Merseburg, Nr. 157, Bl. 14

<sup>45</sup> Zu Richard Völkels konkreten Arbeit innerhalb der Zeitzer SED sind alle bisherigen Recherchen leider ergebnislos geblieben.

zurückgekehrten, und hier insbesondere der „Gruppe Ulbricht“. Was die Position meines Urgroßvaters zur Gründung einer deutschen Arbeitereinheitspartei war kann aufgrund seiner nicht sofortigen Mitgliedschaft in der SED nur gemutmaßt werden.

Zunächst erlebte Richard Völkel seinen weiteren politischen Aufstieg innerhalb der SED, indem er mit Wirkung vom 1. November 1946 zum Landrat von Sangerhausen berufen wurde, wohin er auch seinen Wohnsitz verlegt hat.<sup>46</sup>

Es gibt aus den Nachkriegsjahren mehrere und z.T. abweichende Lebensläufe Richard Völkels. Die Beschönigung von Lebensläufen war typisch für viele SPDler. Dafür gab es meist zwei Gründe. Zum einen war es ihnen nicht wichtig, jede einzelne Widerstandstätigkeit aufzulisten, zum anderen paßten viele ihre Biografien den kommunistisch dominierten und von der SMA kontrollierten Organen an. Bei Richard Völkel fällt das Weglassen seines Einsatzes bei der „Eisernen Division“ und seiner Zugehörigkeit zu „Neu Beginnen“ auf, die vielleicht eine Verbindung zum 1948 erneut verhafteten und verurteilten ehemaligen SPDler Fritz Drescher hätte herstellen können.<sup>47</sup> Ebenfalls verschweigt er seine kurze SPD Mitgliedschaft in der Droyßiger Ortsgruppe vom März bis April 1946 sowie seinen vorangegangenen Beitritt zur SPÖ.<sup>48</sup>

Die aus dem Exil in der Sowjetunion zurückgekehrten ehemaligen KPD Mitglieder unter Walter Ulbricht beanspruchten für sich ab spätestens 1948 innerhalb der SED den Führungsanspruch und ehemalige SPD Mitglieder wie Fritz Drescher wurden aus den von ihnen besetzten leitenden Funktionen entlassen, angeklagt und verurteilt. Die Marginalisierung und der Ausschluß der alten SPDler machte auch vor Richard Völkel nicht Halt.

Am 1. November 1951 wurde mein Urgroßvater plötzlich als Landrat, er arbeitet inzwischen in Oschersleben, und ohne die Angabe von Gründen abberufen und umgehend durch ein anderes Parteimitglied ersetzt. Diese Absetzung schien ihn offenbar unvorbereitet getroffen zu haben und selbst ein von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Deutschlands (VVN) Oschersleben Ende November 1951 verfaßter Beschwerdebrief gegen seine Abberufung und der dringenden Anfrage zur Nennung von Gründen hatte keinen Effekt.<sup>49</sup>

---

<sup>46</sup> Vgl. LHASA-MER, K 12 Merseburg, Nr. 157, Bl. 1

<sup>47</sup> Vgl. LHASA-MD, K 6-1, Nr. 5514, Bl. 12

<sup>48</sup> Vgl. LHASA-MER, K 12 Merseburg, Nr. 157, Bl. 13 f

<sup>49</sup> LHASA-MD, K 6-1, Nr. 5514, Bl. 17



Vermutlich ist Richard Völkels Fall Teil der so genannten „Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED 1951“ der „einheitlichen ideologischen Ausrichtung aller SED-Mitglieder“. Ende 1950 beschloß die Führung der SED diese Überprüfungen und setzte zu deren Durchführung nach sowjetischem Vorbild eine Zentrale Parteikontrollkommission ein. In penibler Kleinarbeit wurden alle auffindbaren Aufzeichnungen aus der Zeit vor und während des Nationalsozialismus und sowie der Nachkriegszeit nach den Namen jetziger SED Mitglieder und Kandidaten durchsucht und ausgewertet. Ehemalige SPD Mitglieder der SED wurden z. B. verdächtigt durch Kontakte zum Ostbüro der SPD in „Agententätigkeit“ verwickelt zu sein. Die Folgen waren Parteiverfahren und Mitgliederausschlüsse.<sup>50</sup>

Durch seine Absetzung als Landrat wie andere gestandene SPDler innerhalb der SED politisch marginalisiert<sup>51</sup> erhielt Richard Völkel Anfang 1952 eine neue Aufgabe und wird Betriebsleiter des VEAB (Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetrieb) Oschersleben. In diese Zeit fällt er seine erneute und letzte Verhaftung. Richard Völkel wurde die Sabotage der sozialistischen Volkswirtschaft unterstellt. Morgens 5.00 Uhr wurde er aus dem Schlaf geklingelt und durch die Polizei verhaftet. Er verbrachte 60jährig und als anerkanntes „Opfer des Faschismus“ mehrere Tage in Untersuchungshaft, wurde später aber frei gesprochen und setzte seine Arbeit als Betriebsleiter fort.<sup>52</sup>

Bereits seit Jahren gesundheitlich angegriffen verschlechterte sich im Frühjahr 1960 der Gesundheitszustand meines Urgroßvaters zunehmend. Am 5. August 1960 starb mein Urgroßvater Richard Völkel in Magdeburg und wurde auf dem Opfer des Faschismus (OdF) Grabfeld des Westfriedhofs beigesetzt.

Im November 2014 unternehme ich eine Deutschlandreise und suche sein Grab auf. Seit Jahrzehnten bin ich die erste Verwandte, die seine verwaiste Grabstätte besucht. Die ehemals weiße Namensgravour ist farblos, selbst die Farbe des roten Dreiecks ehemaliger politischer KZ Häftlinge ist nahezu abgeblättert. Den mitgebrachten Kranz lege ich nieder und mein Blick fällt auf all die anderen vergessenen Gräber des Opfer des Faschismus (OdF) Grabfeldes. Was bleibt?

---

<sup>50</sup> Vgl. <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30zpkk/index.htm?kid=8da460bd-2f92-4ccd-a2bd-72696118f5ab>

<sup>51</sup> Vgl. Herlemann, S. 295 ff

<sup>52</sup> Zu diesem Vorfall sind bis zum Abschluß dieses Buches keine Akten gefunden worden. Alle Angaben stammen aus den Berichten seines Stiefsohnes Wolfgang B.

Es bleibt die wiederbelebte Erinnerung an meinen Urgroßvater, seinen Mut und Lebensweg und, ohne anmaßend klingen zu wollen, Berührungspunkte zu meiner Biografie.

Es bleibt die Erkenntnis, daß durch den offiziell verordneten Antifaschismus in der DDR keine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Orten wie Droyßig erfolgte, einschließlich innerhalb der einzelnen Familien. Es besteht aus meiner Sicht noch immer ein enormer Nachholbedarf. Die Unterlagen dazu liegen z.T. in den Gemeindeämtern. Noch gibt es letzte Zeitzeugen und befinden sich Dokumente und Fotos in Privatbesitz, die vor dem Vergessen und der Vernichtung bewahrt werden müssen, weil in den Nachlässen deren Bedeutung nicht erkannt wird. Das am 1. Mai 1932 aufgenommene Foto des Droyßiger Reichsbanners, im Original nur einige wenige Zentimeter groß, habe ich erst durch eine von mir geschaltete Zeitungsanzeige und mit Hilfe Dritter in Droyßig ausfindig gemacht und konnte damit mir bereits vorliegende private Lebenserinnerungen fotografisch bestätigen.

Es bleibt das inzwischen eingereichte Manuskript zu dem gemeinsamen Buch- und Ausstellungsprojekt mit der „Gedenkstätte Roter Ochse“ in Halle (Saale).

Es bleibt das wiedererwachte Interesse an und die Kenntnis über die sozialdemokratische Widerstandsgruppe Mitteldeutschlands, in der auch mein Urgroßvater aktiv war.

Es bleibt die lange sozialdemokratische Tradition Mitteldeutschlands, meines Heimatortes Droyßig und meiner Familiengeschichte.

Missoula, Montana (USA), am 7. November 2017

Dr. Andreas Schmidt

## Fahne in Droyßig

Richard Völkel, so erzählte er es später seinen Kindern und Enkeln saß im Februar 1933 auf einem Stuhl in seinem Haus in Droyßig als SA und Polizei sein Haus durchsuchten. Auf dem Stuhl lag ein Kissen in das eine Fahne eingnäht war – Die Fahne des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Droyßig. Richard Völkel war Stadtrat für die SPD in Droyßig und Funktionär der Partei. Die Fahne wurde nicht gefunden. Richard Völkels Familie bewahrte über die 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft auf und rettete sie so vor der Vernichtung.

Die Fahne stammt aus dem Jahr 1870 und ist damit drei Jahre älter als die berühmte Fahne der Breslauer ADAV-Ortsgruppe, die viele Publikationen zur SPD-Geschichte



ziert.

Der Schriftzug der Fahne lautet:

„Gewidmet von den Frauen und Jungfrauen der hiesigen/ Mitglieder des Allgemeinen Deutscher Arbeitervereins./ Droyßig, den 10. Juni 1870./ Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! / Prinzip: Ferdinand Lassalle.“

Fahnen als symbolische Orte der Demonstration von Zugehörigkeit zu einer

Gruppe waren im 19. Jahrhundert über alle Arten von Vereinen hinweg außerordentlich populär. Sie prägten die Bilder von Umzügen, ihre Größe und Ausstattung repräsentierte den Verein und zierte gegebenenfalls das Vereinshaus.

Eine lokale Organisation der Arbeiterbewegung konnte sich in den Jahren vor dem Sozialistengesetz ein solches Stück oft nicht leisten. Wenn doch, gehörte es dazu, dass sie selbst gefertigt wurde – meist in Stickarbeit von den Frauen, deren Männer sie dann trugen.

Die ADAV-Gruppe in Droyßig war offenbar dominiert von Steinmetzen, die in den umliegenden Steinbrüchen arbeiteten. Sie kamen in Kontakt zum Leipziger Arbeiterbildungsverein, von dem 1863 die Gründung des ADAV ausging. 1869

gründeten sie in Droyßig eine ADAV-Ortsgruppe. Als 1878 die aus der Vereinigung von ADAV und Eisenachern hervorgegangene SDAP verboten wurde, beschlagnahmte die Polizei die Fahne. 1918 fanden die Sozialdemokraten die in einer Bodenkammer des Droyßiger Schlosses wieder. Nach 1945 wurde sie wiederum im Schloss aufbewahrt – als Teil der Traditionssammlung der dort ansässigen



Pionierleiterschule. Nach der friedlichen Revolution fand sie ihren Weg in die Sammlung des Heimatvereins Droyßig.

Bilder: Alexander Lehman, privat

Dr. Rüdiger Fikentscher

## **25 Jahre SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt**

(Rede anlässlich der Jubiläumsveranstaltung am 28. August 2015 in Quedlinburg)

Unsere SPD ist eine politische Partei und kein historischer Klub. Allerdings haben wir selbst eine bedeutende Geschichte, und es gibt gute Gründe, stolz darauf zu sein. Nicht weil wir dadurch bessere Menschen und klügere Politiker wären, wohl aber, weil wir in einer Tradition stehen, die uns daran erinnert, was andere vor uns geleistet haben. Sie brachten für ihre Überzeugungen Opfer an Freiheit, Eigentum, Gesundheit und Leben. Ihr Maßstab muss auch heute der unsrige sein, nämlich für den Dreiklang aus Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu kämpfen. Das bedeutet, unablässig nach einem Ausgleich in der ständig sich wandelnden Gesellschaft zu streben. Ein Idealzustand, den sich einst unsere Vorgänger noch erhofften, kann zwar nie erreicht werden, doch das hindert uns nicht daran, dafür zu arbeiten. Es geht uns wie dem Seefahrer: Er weiß, dass er nie bei dem Sternbild ankommt nach dem er navigiert, gleichwohl wäre seine Fahrt ohne diese Orientierung unmöglich. Dabei ist uns auch klar, dass die Reise nicht dorthin geht, wohin der Wind weht, sondern dort entlang, wie wir die Segel setzen.

In eineinhalb Jahrhunderten, mit allen heute kaum noch vorstellbaren Höhen und Tiefen, haben unsere Altvorderen die deutsche Geschichte zum Wohle aller mitgestaltet. Keine andere Partei reicht an diese Leistungen heran. Allein schon die Tatsache, dass wir 125 Jahre lang denselben Namen haben, ihn nie ändern mussten, sagt viel aus. Schließlich hatte die heutige „Linke“ in nur 20 Jahren fünf Namen. Und die CDU ist eine Nachkriegspartei. Stolz auf die Leistungen anderer zu sein ist jedoch nur berechtigt, wenn man sich mit eigenen Anstrengungen ihrer würdig erweist. Das mussten und müssen wir ständig in allen sich verändernden Lebensumständen beweisen.

Und genau damit haben wir vor mehr als 25 Jahren, nach den Jahrzehnten der Verbote und Verfolgungen erneut auch hier bei uns in Sachsen-Anhalt begonnen. Für heute ist mir die Aufgabe zugeteilt worden, in der gebotenen Kürze alle, die damals dabei waren, daran zu erinnern, und allen anderen wenigstens einen kleinen Einblick in das zu geben, was sich damals zugetragen hat, was wir gehofft und seitdem getan haben.

Ort und Zeit unserer heutigen Veranstaltung sind nicht zufällig gewählt: Hier in Quedlinburg wurde vor 25 Jahren unser SPD-Landesverband gegründet. Warum hier und so spät? Und was war der Gründung vorausgegangen? Ich nenne nur einige Etappen:

Der Aufruf von Markus Meckel und Martin Gutzeit zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei stammt vom 26. August 1989. Wohl gemerkt noch vor der Gründung des „Neuen Forums“. Die unter konspirativen Bedingungen durchgeführte Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, kurz SDP, fand am 7. Oktober 1989 in Schwante statt. Eine anschließende Gründungswelle lief auch durch die Bezirke Magdeburg und Halle. Ortsvereine, die sich oft noch Ortsgruppen nannten, schossen wie Pilze aus der Erde.

Doch zugleich trat auch der Unterschied zu den anderen Parteien zu Tage: Einerseits stand die Sozialdemokratie geistig auf einem reichen Schatz von Erinnerungen und Überzeugungen, womit wir eigentlich allen anderen überlegen sein sollten. Die meisten Mitglieder kamen aus solchen Beweggründen. Doch andererseits entstand unsere Partei organisatorisch aus dem Nichts heraus. Die Geschwindigkeit und rasche Zeitfolge, mit der damals alles ablief, ist heute kaum noch vorstellbar. Es war eben eine revolutionäre Zeit. Darüber kann man vieles nachlesen. Ich beschränke mich auf wenige Stichworte.

In den damals noch 41 Kreisen im heutigen Sachsen-Anhalt wurden die Ortsvereine zu Kreisverbänden zusammengeführt. Diese wiederum vereinigten sich zu zwei Bezirksverbänden. Bei all den organisatorischen Schritten hatten wir viele uneigennützig Helfer aus den alten Bundesländern. Sie kamen über private Verbindungen, durch Ortspartnerschaften, aber auch aus ganz persönlichen Beweggründen; nur um zu helfen. Das war eine große Freude. Es entstanden dauerhafte Freundschaften. Nur eines beklage ich heute noch als bedauerliche Unterlassung: Es gab keine von der Gesamtpartei organisierte und personell untersetzte flächendeckende Hilfe, die uns insgesamt gutgetan hätte.

Dann folgte die Umbenennung der SDP in SPD auf der Delegiertenversammlung vom 12. bis 14. Januar in Berlin. Zu dieser Zeit steckten wir bereits auf drei Gebieten weit drin in der politischen Arbeit, und zwar: Aufbau der Partei, Wahlkampf zu den Volkskammerwahlen, und die Mitwirkung an den „Runden Tischen“, die das entstandene Macht-Vakuum auszufüllen versuchten. Es gab sie auf Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene. Nach Möglichkeit waren überall SPD-Mitglieder dabei.

Die erste schwere Enttäuschung bescherte uns die Volkskammerwahl am 18. März 1990. Alle Vorhersagen hatten uns als die klaren Sieger gesehen. Diesen Abend mit den nötigen Erklärungs- und Tröstungsversuchen werde ich nicht vergessen. Wir erhielten lediglich 24 Prozent und stellten aus beiden Bezirken zusammen nur 17 Abgeordnete. Die „Allianz für Deutschland“ erhielt zusammen mit der FDP die absolute Mehrheit. Aber unsere Fraktion war dennoch für vieles wichtig und ist auch deshalb hier erwähnenswert, weil in ihr die ersten vertrauensvollen Kontakte zwischen den Sozialdemokraten aus beiden Bezirken entstanden, und aus ihr heraus wichtige weitere Funktionen besetzt werden konnten.

Das war auch eine gute Voraussetzung für den Gründungsparteitag. Der Termin lag zwar etwas später als bei den anderen neuen Landesverbänden, doch hatte eine gemeinsame Kommission aus Vertretern der beiden Bezirke alles gut vorbereitet. Dadurch konnten wir ein gewaltiges Arbeitspensum schaffen. Der Stoff hätte für drei Parteitage gereicht:

- Die Gründung des Landesverbandes mit allen Satzungsfragen sowie der künftigen Organisation.
- Die Wahl aller Gremien. Man bedenke, dass sich die meisten innerhalb der Bezirke kaum, und zwischen den Bezirken im Grunde überhaupt nicht kannten.
- Und drittens die Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl. Denkt nur daran, was es später und bis jetzt für ein langwieriges Ringen um Listenplätze gibt. Wir hatten jedoch eine gute Idee und den passenden Mann dazu: Unser Genosse Karl-Heinz Lohr aus Westberlin, der seit Monaten half und die Regeln und Verhältnisse kannte, erarbeitete als neutraler Gewährsmann nach entsprechenden Anhörungen einen so ausgewogenen Listenvorschlag, dass bei der Schlussabstimmung keine einzige Position geändert wurde und die ganze Liste hielt. Seinem Einfühlungsvermögen und seiner Neutralität verdanken wir das Ausbleiben eines zeit- und kräftezehrenden Streites.

Verglichen damit war die Entscheidung für Reinhard Höppner, unseren Spitzenkandidaten, von Beginn an klar. Er hatte sich durch seine glänzenden Verhandlungsführungen als stellvertretender Volkskammerpräsident einen Namen über die Grenzen hinaus gemacht und war unter uns unumstritten. An einem Tag wie heute empfinde ich seinen frühen Tod als besonders schmerzlich, und vielen von Euch wird es ebenso gehen.

Die Wahl des Ortes war übrigens ein Kompromiss. Quedlinburg galt als „neutraler Ort“ zwischen Halle und Magdeburg, die beide Landeshauptstadt werden wollten. Deswegen ist auch in der Satzung eine Leerstelle geblieben. Es hieß lediglich: Sitz der Landesgeschäftsstelle ist die Landeshauptstadt. Und die Entscheidung darüber durfte nur der Landtag bei seiner ersten Sitzung treffen. Diese fand aus dem gleichen Grund wie unser Parteitag weder in Halle noch in Magdeburg statt, sondern in Dessau.

Es war damals beinahe selbstverständlich, dass zu solchen Veranstaltungen hilfreiche Paten aus der alten Bundesrepublik kamen. Wir hatten Johannes Rau als Gast. Er war damals Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Parteivorsitzender. Gespannt lauschten wir seiner Rede, die viele nützliche Ratschläge für uns enthielt. Ich erwähne zwei: Es ging ihm um die künftige Verankerung der Sozialdemokratie in der Gesellschaft, die es nach Lage der Dinge in dieser Zeit praktisch kaum gab. Gegenwärtig, so sagte er, würden überall neue Vereine und Verbände gegründet, die nicht mehr vom Staat bevormundet werden können. Da sollen wir uns betätigen, dort sollen wir mitwirken. Er ging mit seiner Wunschvorstellung so weit zu sagen, dass überall, wo ein neuer Verein gegründet wird, ein Sozialdemokrat bzw. eine Sozialdemokratin dabei sein sollte. Theoretisch war uns klar, dass nur auf diese Weise wieder ein Stand in der Gesellschaft erreicht werden konnte, den die Sozialdemokratie bis zum Beginn der Naziherrschaft einmal hatte. Das alles hörten wir wohl, doch in der Praxis reichten unsere Kräfte nicht weit genug.

Sein zweiter Rat, den ich erwähnen möchte, betraf das Selbstbewusstsein der einzelnen Genossen. Er sagte, man solle nicht verschämt auf seine Schuhspitzen sehen und sagen: „Entschuldigen Sie bitte, dass ich Sozialdemokrat bin“. Vielmehr müsse man sein Gegenüber anschauen und sagen: „Ich bin Sozialdemokrat! warum sind sie es denn nicht auch, sie machen doch einen ganz vernünftigen Eindruck!“

Liebe Genossinnen und Genossen, auch diesem Ratschlag sind wir oft nur zögernd nachgekommen. Es ist wohl noch immer leichter, einen Ratschlag zu geben, als einen zu befolgen. Und so kam es, dass der weitere Verlauf unserer Mitgliederentwicklung zu vielen Enttäuschungen führte. Über mehrere Jahre stagnierten wir um 6000, dann sank die Kurve. Auch der Beschluss des Werbeprogramms „20 plus“ im Jahre 2002 half nicht. Inzwischen haben wir die 4000



unterschriften. Ich halte das für einen Anlass immer wieder über solche Ratschläge wie von Johannes Rau nachzudenken und sie möglichst zu befolgen.

Neben vielen anderen Nachteilen bringt uns die niedrige Mitgliederzahl immer wieder den Vorwurf ein, wir seien keine Volkspartei. Auch diese Frage begleitet uns in unserer Geschichte. Die Antwort darauf ist jedoch einfach: Wir sind ein Teil der großen Volkspartei SPD und keine isolierte Gruppe. Unsere Mitglieder kommen aus nahezu allen Bevölkerungsschichten. Und vor allem kommt es auf unser politisches Programm an: Wir treten für die Gesamtgesellschaft ein, nicht nur für eine Gruppe. Nicht nur für die Besserverdienenden, und ebensowenig sind wir nicht nur für die Verteilung von Reichtum, dessen Herkunft und Erarbeitung uns gleichgültig ist. Wir sind diejenigen, die für eine gesunde Wirtschaft zur Mehrung des Reichtums der Gesellschaft und zugleich für deren gerechte Verteilung eintreten. Und wir sorgen dafür, dass nicht nur ein oder zwei Entwicklungen in der Gesellschaft beachtet und gefördert werden, sondern alle für die Zukunft wichtigen.

Kurzum: Wir sind keine Klientelpartei sondern eine die Demokratie und den Staat insgesamt tragende Partei, auch wenn diese Aufgabe uns zuweilen schmerzte. Also, liebe Genossinnen und Genossen, wir waren und sind trotz unserer geringen Mitgliederzahl eine Volkspartei.

Doch nun zurück nach Quedlinburg. Das Klubhaus, in dem damals die Gründung stattfand, hieß übrigens „10. Jahrestag“. Warum, das hat uns nicht interessiert. Später erfuhr ich, dass der 30 Jahre zurückliegende 10. Jahrestag der DDR zu dieser Benennung Veranlassung gegeben hatte. Doch als wir in diesem Saal unseren 10. Gründungstag begingen, und der Name für uns einen Sinn ergeben hätte, war er bereits verschwunden. Damals, nach zehn Jahren, hatten wir als Festredner Hans-Jochen Vogel, der uns nicht nur an die bedeutende Geschichte unserer Partei erinnerte und uns wichtige Blätter mit Biographien ehemaliger hiesiger Genossen übergab, sondern er stellte uns für die Regierung mit Tolerierung durch die PDS, ein zwar zurückhaltend formuliertes, aber immerhin gutes Zeugnis aus. Aus seinem Mund war das ein großes Lob, weil er zunächst sehr skeptisch gewesen war.

Und noch etwas war bei dieser Veranstaltung vor 15 Jahren wichtig, nämlich der Vortrag von Ingrund Drexler. Sie sprach über Ernst Thape, den ersten und letzten SPD- Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt bis zur Zwangsvereinigung 1946 und damit auch bis zu unserer Neugründung 1990. Er hat als Häftling das berühmte „Buchenwaldmanifest“ mitverfasst, unter diesem Eindruck die Zwangsvereinigung mit

getragen, war Minister, und konnte sich nur noch durch die Flucht nach Westberlin der Verhaftung entziehen. Damit begannen die sogenannten Säuberungen, und die Kommunisten verdrängten mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht alle standhaften ehemaligen Sozialdemokraten oder inhaftierten sie. Auch das gehört zu unserer Geschichte.

Mit diesem kleinen Ausflug in das Jahr 2000 habe ich ein ganzes Jahrzehnt übersprungen. Doch die wichtigsten unserer Schritte in dieser Zeit sollen nicht unerwähnt bleiben, denn auch sie stecken voller Tiefen und Höhen, aus denen man lernen kann. Die Hoffnung, mit Reinhard Höppner an der Spitze bereits 1990 die Landesregierung stellen zu können wurde enttäuscht. Die CDU-FDP musste infolge ihrer Skandale in vier Jahren drei Regierungen stellen, und unsere Hoffnungen auf die Regierungsübernahme 1994 stiegen. Das gelang jedoch nur durch eine Rot-Grüne Minderheitsregierung unter Duldung der PDS, damals ein nicht nur politisches, sondern auch psychologisches Wagnis. Nicht früher und nirgendwo sonst war das möglich. Natürlich haben sich viele Zuschauer wieder einmal für klüger gehalten als die Handelnden es angeblich waren. Doch wir hatten an nahezu alles gedacht und haben die sich bietende Möglichkeit genutzt. Wir hatten die Vision, das Land nach den verloren erscheinenden Anfangsjahren sozialdemokratisch zu entwickeln. Manche Hoffnungen auf baldige Erfolge, besonders in der Wirtschaft, waren gewiss zu hoch gesteckt. Wir erlebten, was jeder Gärtner weiß: „Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht“. Doch immerhin, wir kannten das Ziel und suchten einen gangbaren Weg. Wir wussten, dass man nur von einem eigenen festen Standpunkt aus mit anderen kooperieren darf. Das gelang uns in weiten Teilen und wurde 1998 durch großartige Wahlergebnisse belohnt. Nun waren wir die mit Abstand stärkste Partei. Wir gewannen fast alle Landtagswahlkreise und wenig später alle Bundestagswahlkreise. Außerdem stellten wir die meisten Landräte. Einschränkend muss man jedoch zugeben, dass das Jahr 1998 für die SPD insgesamt sehr gut war. Ein amerikanisches Sprichwort sagt: „Die steigende Flut hebt alle Boote“, und uns nützte der deutschlandweite Trend der Partei. Umgekehrt erlebten wir aber auch gelegentlich, und dass sollten sich manche Einzelbewerber und Wahlkreiskandidaten merken: Es gibt keinen dauerhaften Erfolg gegen die eigene Partei, die Wählerinnen und Wähler mögen so etwas in der Regel nicht, und die Kritik an der eigenen Partei hat noch keinem die eigene Leistung erspart.

Das größere Wagnis kam 1998. Wir mussten entscheiden: Allein weiter oder mit der CDU? Im Ergebnis des intensiven parteiinternen Meinungsbildungsprozesses wurde die Mitregierung der CDU abgelehnt. Aus späterer Sicht kann ich dazu nur August Bebel zitieren: „Es wäre gegangen, aber es ging nicht.“ Und so begannen wir mit der Alleinregierung unter Duldung der PDS. Ihr kennt den Ausgang. Er lieferte die Überschrift über das ganze Kapitel, wird jedoch den vollen vier bzw. acht Jahren nicht gerecht. Nachträgliches Schlechtreden ist ebenso ungerecht wie Verklärung. Die große Anstrengung und objektive Leistung von Reinhard Höppner sollte auf jeden Fall sachlich anerkannt werden.

Ganz zum Schluss gebe ich noch einen Rat an Euch weiter, man kann auch sagen, eine sozialdemokratische Lebensregel, die den Sinn für die Wirklichkeit mit dem Willen zur Veränderung verbindet. Nach 86 Jahren Parteimitgliedschaft hat Karl Richter an seinem 100sten Geburtstag zu Franz Müntefering gesagt: „Man muss das Leben nehmen wie es ist, aber man darf es nicht so lassen!“

,

Rainer Löhr

## **Magdeburger Sozialdemokraten, an die mit der Benennung von Straßen oder öffentlichen Einrichtungen erinnert wird**

Weltweit werden bedeutende Persönlichkeiten durch Benennung von Straßen und öffentlichen Gebäuden geehrt. In Magdeburg, der "Roten Stadt im Roten Land" der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts gibt es selbstverständlich auch viele Straßen, Plätze und öffentliche Einrichtungen, die nach großen und verdienstvollen Sozialdemokraten benannt worden sind.

Von den Magdeburger Sozialdemokraten wird noch die Benennung von Straßen angestrebt: Rudolf Eberhard, Erich Ollenhauer, Gustav Schmidt-Küster, Erich Koß, Otto Landsberg, Willi Brundert, Werner Brusckke, Paul Konitzer, Ernst Wittmaack, Julius Philippsohn, Ernst Thape, Bert Brennecke, Otto Bernhard Wendler und aktuell Reinhard Höppner.

In vielen Publikationen, vor allem denen von der SPD sind die weithin prominentesten Persönlichkeiten schon ausführlich besprochen und geehrt worden: Wilhelm Weitling, Ferdinand Lassalle, Julius Bremer, August Bebel, Friedrich Ebert, Ernst Reuter, Hermann Beims, Marie Arning, Rosa Luxemburg, Liebknecht, Otto Baer, Regine Hildebrandt und Willy Brandt.

Andere Namen sagen auch vielen Sozialdemokraten nicht genug, um über die Geehrten genügend Auskunft geben zu können. Dies soll nun hiermit für elf Persönlichkeiten nachgeholt werden.

Nach **Alwin Brandes** ist in Brückfeld eine Straße benannt worden, in der auch Ernst Reuter zeitweilig wohnte. Der am 12 Juni 1866 geborene Alwin Brandes wurde wie sein Vater Schlosser und arbeitete in Maschinenfabriken in Magdeburg, Halle und Leipzig und trat 1890 der SPD bei. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied im Deutschen Metallarbeiterverband, dessen Geschäftsführer der Ortsverwaltung Magdeburg er 10 Jahre später wurde und in Deutschland bei allen Generalversammlungen Delegierter war. 1901 bis 1918 vertrat er als Stadtverordneter nicht nur die Interessen der



vielen Maschinenfabrikarbeiter, sondern lieferte sich heftige Auseinandersetzungen mit Oberbürgermeister Lentze und rechten Stadtverordneten über deren Gleichgültigkeit gegenüber ungesunden Wohnverhältnissen und ungerechter Lohnpolitik. Bezeichnend für das Verhältnis zwischen den sozialdemokratischen Stadtverordneten und denen des bürgerlichen Lagers sowie der Polizei sind 1910 die Auseinandersetzungen um die SPD-Forderungen nach einem demokratischen Wahlrecht. Wegen seiner kämpferischen Haltung gewann er 1912 für die SPD das Mandat für den Reichstag. 1917 wurde er aber Mitglied der neu gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands USPD. Während der Novemberrevolution 1918/19 hatte er den Vorsitz im Arbeiter- und Soldatenrat und war zudem Stadtrat in Magdeburg. 1919 wurde er einer von drei Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, ein Amt, das er bis 1933 ausfüllte. .

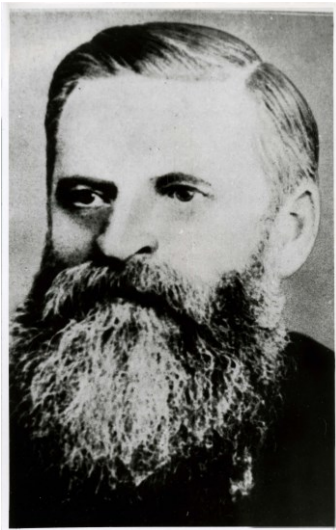
Im April 1919 wurde Alwin Brandes in eine von Reichswehrminister Gustav Noske erfundene und behauptete Magdeburger Militärrevolte verwickelt. Er wurde wie zwei Mitglieder des Zentralsoldatenrats am 6. April nach Berlin abgeführt und in einem Hotel in „Schutzhaff“ genommen. Delegierte des Soldatenrates ließen daraufhin den kommandierenden General von Kleist und mehrere Offiziere gefangen nehmen und den Reichsjustizminister Otto Landsberg in Geiselhaft nehmen. Die Lage wurde noch verworrener, als der Exekutivausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates die Freilassung der Offiziere anordnete, aber Albert Vater von der KPD, der Beigeordnete des Polizeipräsidenten, Otto Landsberg nach Braunschweig verlegen ließ. Allerdings wurde der unterwegs von einem Offizierskommando befreit. Wegen dieser als Umsturzversuch gewerteten Handlungen verlängerte Noske am 9. April 1919 den Belagerungszustand für Magdeburg und schickte das “ Freiwillige Landesjägerkorps“ des berüchtigten Generals Maercker, der auch umgehend auf eine Kundgebung der KPD auf Domplatz und Breitem Weg schießen ließ, die Bilanz: zehn Tote und 39 Schwerverletzte!

1920 wurde Brandes wieder in den Reichstag gewählt, jetzt für die USPD. 1922 kehrte er mit einem Teil der USPD-Mitglieder zur SPD zurück und wurde erneut Mitglied des Reichstags 1924, 1928 ,1932, 1933, bis die Gewerkschaften zerschlagen wurden. Dennoch kämpfte er gegen die Nazis um die finanziellen Ansprüche der hauptamtlichen DMV-Mitglieder, bis er 1934 in das KZ Oranienburg kam. Nach vorübergehender Entlassung wurde er 1936 wieder verhaftet, zwar mangels Beweisen freigesprochen, aber im KZ Sachsenhausen in „Schutzhaff“

genommen. Nach erneuter Freilassung knüpfte er Kontakte zum Kreisauer Kreis, in dem man ihn als künftigen Gewerkschaftsvorsitzenden sah.

Nach der Befreiung ging er 1945 zur neuen SPD in Berlin-Köpenick und wurde im November 1946 Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung. Alwin Brandes starb am 12. November 1949.

**Wilhelm Klees** war einer der bedeutendsten Arbeiterfunktionäre der Kaiserzeit. Im Juli 1866 gründete er mit Julius Bremer und Johannes Münze den Sozialen Reformverein, der es auf 200 Mitglieder brachte und der 1869 in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ADAV übergang. Im selben Jahr waren die Drei in Eisenach Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei SDAP.



Wilhelm Klees wurde am 12. März 1841 im damals noch selbständigen Dorf Buckau bei Magdeburg geboren, lernte Dreher, wurde dann aber Zigarrenmacher. 1870/71 musste er in den Deutsch-Französischen Krieg ziehen.

Zwischen dem 27. Dezember 1873 und dem 24. April 1876 gab es in der Magdeburger Sozialdemokratie eine Krise. Klees machte sich in dieser Zeit stark für die Aufstellung eines Kandidaten für die Reichstagswahl am 10. Januar 1874. Dafür initiierte er die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins, dessen Ziel es war, für ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht anstelle des Dreiklassenwahlrechts zu kämpfen. 1876 rief er mit Julius Bremer die erste sozialdemokratische Zeitung für Magdeburg ins Leben, die anfangs zwei Mal wöchentlich erschien, aber zuerst in Braunschweig gedruckt werden musste, mit einem Lokalteil für Magdeburg, die „Magdeburger Freie Presse“. Dieses „Organ des werktätigen Volkes für die Provinz Sachsen“ wurde wiederholt beschlagnahmt. Ende 1878 musste die Zeitung ihr Erscheinen einstellen.

1879 nahmen Magdeburger Delegierte an einem geheimen Parteikongress in der Schweiz teil. Danach gründete ein illegales Agitationskomitee erst einen Leseverein und dann 1880 die „Corpora“, ein Agitationskomitee unter Leitung von Bremer, Klees und Habermann, das nächtliche Zusammenkünfte verabredete und 60 Exemplare der illegalen Parteizeitung „Der Sozialdemokrat“ aus Zürich verteilte. Seit 1872 traf man sich heimlich an der 800jährigen Muttereiche am Rande des Biederitzer

Busches, die auch Umschlagplatz der Zeitung für Nordostdeutschland war. Dort steht seit 1961 ein Findling als Gedenkstein, die Inschrift. Das Händedrucksymbol der SED wurden nach 1990 entfernt.

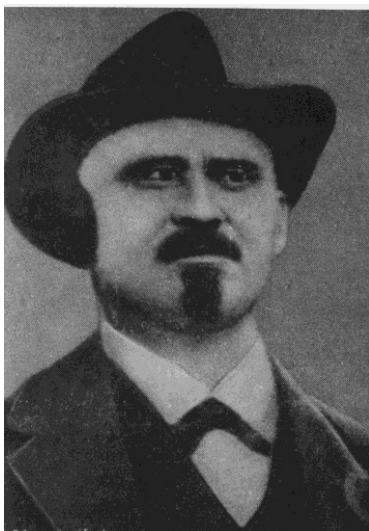
In der Zeit des Sozialistengesetzes (21. Oktober 1878 bis 30. September 1890) wurden am 7. Februar 1887 46 Sozialdemokraten verhaftet und im „Magdeburger Geheimbundprozess“ am 16. Mai angeklagt. Wilhelm Klees wurden dabei fünf frühere Geldstrafen vorgehalten. 31 Angeklagte wurden bestraft, Wilhelm Klees bekam neun Monate und Julius Bremer sieben Monate Gefängnis in der Burg Gommern, Wilhelm Habermann starb in der Untersuchungshaft. Dennoch registrierte die Polizei eine Zunahme der sozialdemokratischen Bewegung.

Am 1. Juli 1890 wurde Wilhelm Klees der erste sozialdemokratische Stadtverordnete für Magdeburg-Buckau, 1892 auch Julius Bremer. Ab dem gleichen Tag führten die Magdeburger Sozialdemokraten die „Volksstimme“ als eigene Parteizeitung. Am 24. Juni 1893 wurde Wilhelm Klees als Mitglied des Reichstags für Magdeburg gewählt, was er bis 1898 blieb. von 1898 bis 1903 war Klees für Frankfurt/Oder führender Funktionär des Zigarren- und Tabakverbandes. 1919 bis 1922 war er unbesoldeter Stadtrat in Magdeburg unter Oberbürgermeister Hermann Beims.

Wilhelm Klees, ein sozialdemokratisches Urgestein, starb am 20. Dezember 1922 in Magdeburg.

### **Albert Vater**

Eine der meistbefahrenen Magdeburger Hauptverkehrsstraßen, ein Teil der B 2 in Stadtfeld, trägt seinen Namen. Albert Vater ist eine schillernde politische



Persönlichkeit. Geboren am 17. März 1859 in Soldin in der Neumark (östlich der Oder), machte er eine Lehre als Nagelschmied und ging auf die übliche mehrjährige Wanderschaft der Handwerker. 1885 wurde er in Magdeburg Schmied im Maschinenbauwerk Otto Gruson & Co. in Buckau und war ein engagiertes Mitglied im Deutschen Metallarbeiterverband und der SPD. 1898 organisierte er unter den Augen der Polizei eine verbotene Feier. Er gründete 1900 den „Sozialdemokratischen Verein Magdeburg“ mit und war

von 1904 bis 1906 dessen Vorsitzender. Um seinen Genossen einen Saal für Versammlungen bieten zu können, was andere verweigerten, wurde er Gastwirt.

1905 kam es in der SPD zu heftigen Auseinandersetzungen über das Thema, ob man mit den Gewerkschaften politische Massenstreiks organisieren sollte. Der Redakteur der Volksstimme, Dr. August Müller, der Gewerkschaftssekretär Hermann Beims und der Rechtsanwalt Otto Landsberg waren dagegen, der SPD-Vorsitzende Albert Vater, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Alwin Brandes und andere Gewerkschaftsführer hielten die Streiks für eine wirksame Waffe in der Zeit des Kampfes um eine Wahlrechtsreform. 1908 bis 1910 war er Stadtverordneter 1914 hatte der Sozialdemokratische Verein mehr als 7.500 Mitglieder. Im April 1917 spaltete sich im Deutschen Reich ein Teil der SPD ab und gründete die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands USPD, der sich bald die Spartakusgruppe mit ca. 30 Mitgliedern anschloss (unter der Bedingung politisch-ideologischer Unabhängigkeit!). Die Magdeburger Ortsgruppe wurde von Albert Vater und Walter Kaßner geführt. Mitte des Jahres waren es etwa 1.000 Mitglieder, darunter auch Alwin Brandes und Otto Landsberg. Die SPD in Magdeburg zählte zu diesem Zeitpunkt 4.000 Mitglieder.

Am 3. November 1918 erfolgte der Kieler Matrosenaufstand und am selben Tag versammelten sich etwa 40.000 Magdeburger zu einer Massenkundgebung im Rotehornpark mit der Forderung nach Abdankung des Kaisers und Beendigung des Krieges. Am 8. November griff die Revolution auf Magdeburg über mit einem Generalstreik, der Erstürmung des Generalkommandos und der Freilassung politischer Gefangener. Am selben Tag bildete sich ein von MSPD und USPD geführter Provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat, der zwei Tage später offiziell unter Einbeziehung der Gewerkschaften, Angestellten, und Beamten Delegierte berief (MSPD 250, USPD 30, Spartakus zwei, Fortschrittliche Volkspartei fünf). Im Exekutivausschuss gaben Hermann Beims und Ernst Wittmaack von der MSPD, Alwin Brandes und Albert Vater von der USPD und je zwei Gewerkschafts- und Soldatenräte die Handlungsrichtungen vor und wählten Beigeordnete als Kontrolleure für die Stadtverwaltung: Hermann Beims für den Oberbürgermeister, Albert Vater für den Polizeipräsidenten und Alwin Brandes für das Demobilisierungsamt. Am 4. Januar 1919 forderten kaisertreue durchziehende Truppen die Absetzung Albert Vaters.



Der Gründung der KPD am Ende 1918 durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die am 15. Januar 1919 ermordet wurden, folgte am 18./19. Februar 1919 in Magdeburg die Gründung einer Ortsgruppe der KPD mit Albert Vater als Sekretär. Als Beigeordneter des Polizeipräsidenten hielt er an der Beibehaltung des Magdeburger Wachregiments und der Bürgerwehr fest. In dieser seiner Funktion geriet er mit einer Entscheidung in eine prekäre Situation (siehe auch Biographie Alwin Brandes). Reichswehrminister Noske wollte eine 500 Soldaten starke Sicherheitstruppe anstelle von Wachregiment und Bürgerwehr installieren und fiel auf die Lüge des Stahlhelmführers Franz Seldte herein, der von einem bevorstehenden Putsch der Linken schwadroniert hatte. Am 6. April 1919 ließ Reichsjustizminister Otto Landsberg Alwin Brandes verhaften. Als Albert Vater dafür Landsberg in Geiselhaft nahm, wurde er für diese Handlung 1921 des Hochverrats angeklagt. Er nahm sich am 7. Februar 1923 in der Haft das Leben.

Etwas nach 1951 wurde die Landsbergstraße in Albert-Vater-Straße umbenannt.

**Fritz Hahn** wurde am 13. Januar 1873 in Sülldorf bei Magdeburg geboren. Nach Besuch der Volksschule lernte er Maurer und erlebte auf seiner Handwerkerwanderschaft die Misere der rechtlosen Arbeiter in der Zeit des Sozialistengesetzes. Das ließ ihn 1898 zu einem Initiator eines Streiks der Bauarbeiter in Magdeburg werden. In seinem Heimatort, dem großen Bördedorf Groß-Ottersleben, wählte man ihn 1904 zum Gemeindeverordneten. Er stieg 1906 zum Geschäftsführer des Maurerverbandes und weiter 1910 zum Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Magdeburg des Deutschen Bauarbeiterverbandes auf. Da der heutige Stadtteil Ottersleben bis 1952 zum Kreis Wanzleben gehörte, wurde Fritz Hahn auch als Bauarbeiterfunktionär in den Kreisarbeiterrat gewählt. Als geschätzter Kämpfer für die Rechte der Arbeiterschaft bekam er auch 1915 das Vertrauen zum Gemeindegewählten und war von 1917 bis 1919 ehrenamtlich stellvertretender Gemeindevorsteher. Seine Karriere hatte ihren Höhepunkt 1920 in der Berufung zum kommissarischen Landrat durch die preußische Staatsregierung – der erste Sozialdemokrat auf dieser Position. Bis zu seinem Tode am 24. August 1922 vertrat er, politisch immer auf Ausgleich der Interessen bedacht, die Bürger des Kreises und gewann hohe Anerkennung.

In Magdeburg-Südwest (Ottersleben) wurde eine Straße nach ihm benannt. Diese Siedlung entstand in 1940ern Kriegsjahren und wurde SA-Siedlung genannt. Nach

1945 bekam sie Straßennamen nach lokalen Arbeitersportlern, wie z.B. Heinrich Wunderling, dem Funktionär des Arbeiterturnvereins, der von 1882 bis 1933 existierte und von der SPD unterstützt wurde, weil hier auch illegale politische Versammlungen stattfanden. Über die Tätigkeit von Walter Strumpf und Albert Dankert können auch die Ortschronisten nichts berichten.

Nach **Ernst Wille** wurden in Magdeburg-Südwest eine Sekundarschule (Gemeinschaftsschule) und eine Straße, in der sein Geburtshaus stand, benannt.



Der am 20. April 1894 in Groß-Ottersleben (seit 1952 nach Magdeburg eingemeindet), geborene Ernst entstammte einer Arbeiterfamilie, der Vater war Maurer, mit sieben Kindern. Der begabte Sohn Ernst ging in die Ottersleber Volksschule, aber dann in die Sudenburger Knabenbürgerschule bis zur Mittleren Reife. Den weiten Weg dorthin musste er zu Fuß zurücklegen. Er nahm dann eine kaufmännische Lehre in einem Geschäft für Fotografie und Optik auf, worin er sich später in Rathenow noch fortbildete.

Vom 10. November 1914 bis zum 16. April 1917 war er Kriegsteilnehmer in einem Infanterieregiment, dann geriet er in französische Kriegsgefangenschaft. Er kehrte erst am 12. Februar 1920 daraus zurück. Nach längerer Arbeitssuche wurde er Handelsvertreter. In Groß-Ottersleben war er Vorsitzender des Ortsvereins der SPD. Als in Magdeburg 1924 das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegründet wurde, war er Mitbegründer und war bis zu 30. März 1933 Sekretär und Gauführer von Magdeburg und Anhalt. Das Reichsbanner wurde die Schutztruppe für die Versammlungen und Wahlkämpfe der Sozialdemokraten und auch der kleineren Mitgliederparteien DDP und Zentrum in der Weimarer Republik, die alle den reaktionären Anfeindungen ausgesetzt waren. Die Farben Schwarz-Rot-Gold der jungen Republik mussten ebenfalls gegen die Farben Schwarz-Weiß-Rot der Kaisertreuen verteidigt werden. Ernst Wille war als regionaler Gauführer ein unermüdlicher Redner und Propagandist. Die Mitgliederzahl stieg rasend schnell an. Nachdem sich 1923 schon 1.500 ehemalige Kriegsteilnehmer auf dem Magdeburger Domplatz als „Republikanische Notwehr trafen, waren es in der Provinz Sachsen bald 25.000. Mit 500.000 Mitgliedern reichsweit wurde das Reichsbanner am 22.

Februar 1924 offiziell gegründet. Schon 1925 hatte das Reichsbanner 3 Millionen Mitglieder (der Stahlhelm 400.000, Hauptsitz auch in Magdeburg und der Rote Frontkämpferbund 100.000 Mitglieder). Das Eckhaus in der Regierungsstraße 1 wurde 1928 angekauft und Bundessitz gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt, dem Bezirksvorstand der SPD und der Sozialistischen Arbeiterjugend SAJ.

Als Sekretär des Reichsbanners reiste Ernst Wille viel durch Deutschland, zeitweise war er auch Dolmetscher für den belgischen Sozialistenführer Èmile Vandevælde.

Besonders ab 1930 gab es äußerst brutale Zusammenstöße mit den erstarkenden Faschisten bis hin zu Morden, aber auch gelegentliche Attacken der KPD, welche die Sozialdemokraten oft als Sozial-faschisten beschimpften. Nachdem Ernst Wille mit dem Reichsbanner einen Auftritt Hitlers Ende 1930 in der Stadthalle erfolgreich verhindert hatte, gab es am 22. Oktober 1932 einen weiteren Anlauf Hitlers, in der „Roten Stadt im Roten Land“ zu sprechen. Ernst Wille hatte den Widerstand gegen diesen Besuch mit einem „Einheitsausschuss Antifaschistische Aktion“ organisiert und die Kolonne

Hitlers wurde auf der Berliner Chaussee mit einem Steinehagel empfangen. Die Schlägertrupps bahnten ihm aber den Weg zur Stadthalle, wo er vor einer großen Menge herbeigefahrener Anhänger eine Hetzrede hielt.

Ab 1931 war die Konfrontation so stark, dass Verhandlungen des Reichsbanners mit anderen republikanischen Kräften zur Gründung der „Eisernen Front“ der staatsstreuen Bürger führten. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten seit Januar 1933 verlor die „Eiserne Front“ aber ihre Schlagkraft und war uneins über die Formen des Widerstands, so dass sie bald dem beispiellosen Terror unterlegen war.

Am 11. März 1933 wurde das Bundeshaus des Reichsbanners von der SA besetzt und in „Horst-Wessel-Haus“ umbenannt, auch „Braunes Haus“ genannt, die Folterzentrale für alle Antifaschisten.

Ernst Wille kam am 12. April 1933 vorerst für drei Tage in Haft und am 5. Februar 1933 für einige Wochen ins Gefängnis nach Saalfeld. Er pachtete dann eine Gaststätte in der Klosterbergstraße 1/Ecke Coquiststraße in Buckau, die zum illegalen Treffpunkt der Sozialdemokraten wurde, die auch Kontakte zu anderen Widerstandsgruppen hatten.

Am 26. August 1939 wurde er mit anderen Sozialdemokraten wie Ernst Thape und Kommunisten ins KZ Buchenwald verbracht. Nachdem er am 12. April 1943

entlassen wurde und das Angebot, im Lager mitzuarbeiten abgelehnt hatte, fand er eine Stelle im Härtolwerk Magdeburg. Dann aber wurde er von zwei Nachbarinnen denunziert. Frau Schneider informierte ihren bei der SS dienenden Mann, dass der Wille 1932 bei den Steinewerfern auf Hitlers Wagen war und forderte ihn auf „Wille wieder ins KZ bringen zu lassen. Frau Klein schickte einen Brief an die Gestapo in Buckau.

Am 16. Dezember 1943 wurde er wieder verhaftet und kam nach brutalen Verhören im Braunen Haus in das KZ-Lager in Rothensee, von wo aus er am 10. März 1944 in das KZ Neuengamme in Hamburg-Bergedorf mit dem Vermerk: Rückkehr unerwünscht überführt wurde, was einem Todesurteil gleichkam. Die Misshandlungen überlebte er nur noch wenige Wochen. Die Familie bekam die Nachricht, dass er am 27. Mai 1944 an Herz-Kreislauf-Versagen gestorben wäre und sie könnten die Asche und die Sterbeurkunde gegen Gebühr beantragen.

In dem gut bestückten Schulmuseum der Ernst-Wille-Gemeinschaftsschule finden sich außer einer Biografie mit vielen lokalen Details und Fotos auch Abschriften von Urkunden zu Hafteinlieferungen und zu den Denunziationen der Nachbarinnen. Nach 1945 wurde der ermittelte Totschläger Ernst Willes, der Unterscharführer Walter Kümmel in Hamburg von einem britischen Militärgericht zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, wegen „Misshandlung alliierter Truppen“. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, VVN, teilte der Familie am 27. Februar 1949 mit, dass die Denunzianten von der Kripo Magdeburg mehrmals vernommen worden waren, aber immer noch „hoch erhobenen Hauptes“ frei herumliefen.

Nach **Ernst Lehmann** ist in der Magdeburger Alten Neustadt eine Straße benannt worden. Der Jugendsekretär kam fünf Tage vor Kriegsende, am 3. Mai 1945 ums Leben.

Ernst Lehmann wurde am 15. April 1908 als Sohn eines Buchdruckers in Magdeburg geboren. 1925 trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend SAJ bei und leitete die Gruppe Altstadt. Drei Jahre später wurde er Mitglied der SPD. Er hatte Schriftsetzer gelernt und noch an der Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin-Charlottenburg studiert, nachdem er 1929 arbeitslos geworden war. 1931 „beerbte“ er seinen 10 Jahre älteren Mentor Werner Brusckke als Jugendsekretär im Bezirksvorstand der SPD. 1933 versteckte er zusammen mit Brusckke Akten und die Parteikasse vor dem Zugriff der Nazis, was vielen Genossen wahrscheinlich das

Leben rettete. Mit dem Geld konnten sie lange Zeit ein Kontaktnetz im Untergrund im SPD-Bezirk Magdeburg Anhalt und zur Reichsleitung des SAJ in Berlin unterhalten, vor allem auch Familien von verhafteten Genossen helfen. 1934 flog seine illegale Tätigkeit auf, er wurde für vier Wochen inhaftiert und war danach jahrelang arbeitslos. 1936 wurde er Mitarbeiter des großen Berliner Scherl-Verlags in Magdeburg.

Im Januar 1939 wurden 21 Genossen verhaftet, darunter Ernst Lehmann. Nach zweijähriger U-Haft wurde er am 14. Juli 1941 zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt, die eigentlich durch die Untersuchungshaft schon abgegolten waren, aber er wurde in das KZ-Neuengamme eingewiesen. Bei nahendem Kriegsende wurden 7.000 Häftlinge auf einen Todesmarsch an die Lübecker Bucht geschickt, wo sie auf Schiffe gepfercht wurden, die von britischen Jagdbombern beschossen wurden, so dass die Insassen ertranken.

Der Magdeburger Protagonist für den genossenschaftlichen Wohnungsbau ist **Otto Richter**. Der am 30. November 1872 in Querfurt geborene Richter lernte von 1887 bis 1890 Maurerpolier im Baugeschäft von Friedrich Härtel, anschließend besuchte er auch die Kunst- und Handwerkerschule in Magdeburg. Nach dreijähriger Wanderschaft, die ihn auch ins Ausland führte, wurde er 1893 in Magdeburg ansässig.

Schon vor der Jahrhundertwende gab es im Zuge der rasanten Entwicklung der Metallverarbeitung und des Maschinenbaus in Magdeburg einen starken Zuzug ärmerer Bevölkerungsschichten, die in den vorhandenen städtischen Wohngebieten keine bezahlbaren Wohnungen fanden. Unter dem Druck dieser Wohnungsnot wurden die ersten Wohnungsbaugenossenschaften gegründet. Als eine der ersten wurde im Jahre 1900 der Mieter- Bau- und Sparverein, MBSV, mit 47 Mitgliedern gegründet, meist Bauhandwerker, unter ihnen Otto Richter, der ihr Vorsitzender und Kassierer wurde. Bereits zum Ende des Jahres gab es 200 Wohnungseigentümer mit dem Anspruch auf eine Kleinstwohnung: Stube, Kammer, Küche und WC – noch außerhalb der Wohnung.

Der Sozialdemokrat musste sich allerdings mit parteipolitischer Arbeit zurückhalten, um die unbedingt benötigten Bankkredite der Landesversicherungsanstalt für den MBSV nicht zu gefährden. Die Finanzierung sollte durch verzinsliche Spareinlagen (anfangs nur 30, später 60 und 200 Mark) erfolgen, mit denen Grundstückskäufe,

Bautätigkeit und Verwaltung bezahlt werden mussten. Die Eigner legten selbst beim Bau mit Hand an. Von 1904 bis 1907 konnten die ersten 78 Wohnungen bezugsfertig übergeben werden.

Ab 1908 wurden die beiden Vorstände Otto Richter und August Pitt besoldet und trieben die Bautätigkeit von ihrem Büro in der Westerhüser Straße 2, die nach dem Tode Richters in Otto-Richter-Straße umbenannt wurde, erfolgreich voran. Bis 1916 konnten 442 Wohnungen mit geringen Mieten bezogen werden. Richter selbst wohnte seit 1905 in „seiner“ Straße. Bis 1924 hatte der MBSV bei 6 Wohnungsbauprojekten 793 Wohnungen für 1.000 Genossenschaftsmitglieder gebaut.

Die Otto-Richter-Straße ist bis heute eine einsame Häuserzeile mit drei angelegten kurzen Kreuzungen geblieben. Jedes Haus hat aber zur Rückseite Gärten.

Otto Richter war 1922 von der Genossenschaft als Geschäftsführer zur Bauhütte Magdeburg GmbH gewechselt. Von 1919 bis 1927 war er Stadtverordneter und ab 1922 unbesoldeter Stadtrat. Für Oberbürgermeister Hermann Beims war er im Magistrat für dessen Wohnungspolitik im Siedlungsausschuss, dem Ausschuss für Kleinwohnungen und auch für den geplanten Bau der Stadthalle 1927 eine große Unterstützung. Daneben war er auch noch ab 1914 Vorsitzender des Neustädter Konsumvereins.

Richter ließ sich auch von den kühnen Projektideen Bruno Tauts zur „Bunten Stadt“ begeistern. Für die Fassaden „seiner“ Straße ließ die Genossenschaft die Farben bereitstellen und die schlichten Fassaden des ersten Bauabschnitts in lebhafter expressionistischer Farbigkeit 1920 bis 22 nach Entwürfen von Carl Krayl gestalten. 1995 wurde diese Farbgestaltung rekonstruiert und erregt auch in unserer Zeit große Aufmerksamkeit, zwiespältig wie damals, aber weitestgehend zustimmend.

Otto Richter starb am 8. April 1927 in Magdeburg.

Straßennamen, Siedlungsbau und Farbexperimente legen Zeugnis ab von der innovativen Zeit des Neuen Bauens in Magdeburg der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts mit den Namen Beims, Taut, Krayl, Göderitz, Richter u.v.a.m.

Dr. phil. **Hans Löscher** (Pseudonym für Gustav Robert L.) wurde in seinen 12 Amtsjahren von 1921 bis 1933 als Stadtschulrat für die unteren und mittleren Schulen (ab 1930 auch für die höheren) in Magdeburg zu einem reformpädagogischen Vorbild in Deutschland. 1924 hatte er die städtische

Selbstverwaltung im Schulwesen mit der Herauslösung aus der staatlichen Schulaufsicht durchgesetzt. Hier gab es die erste reformpädagogische Versuchsschule 1922, weitere weltliche Schulen ab 1923. Der von der SPD dominierte Magistrat konnte sich dabei auf die „AG Magdeburger sozialdemokratischer Lehrer“ stützen, 1910 gegründet, sowie auf den liberalen „Magdeburger Berthold Otto-Verein“ und den „Bund der Freien Schulgesellschaften Magdeburgs“.

Hans Löscher wurde am 19. April 1881 in Dresden als Sohn eines Polizeibeamten geboren, wuchs im Erzgebirge auf und war nach dem Lehrerseminar in Nossen ab 1895 Lehrer von 1901 bis 1905. In Leipzig nahm er ein weiteres Studium für Deutsch, Geschichte und Theologie auf, promovierte 1910 zum Dr. phil. und lehrte dann an einer höheren Schule in Leipzig. Da er wegen eines Herzfehlers keinen Wehrdienst leisten musste, konnte er 1915 Direktor einer Fortbildungsschule in Stollberg im Erzgebirge, später in Plauen werden. Der sozialistisch und christlich orientierte Löscher kam schon 1907 zur SPD. Seine liberale und soziale Haltung in der Jugendbewegung um 1900 motivierte ihn schon früh, das starre wilhelminische Schulsystem als pädagogisch nicht sinnvoll und förderlich in Frage zu stellen. Seine eigenen Ideen konnte er verwirklichen, als ihn Oberbürgermeister Hermann Beims 1921 in den Magistrat nach Magdeburg berief. Hier, in der Stadt des Neuen Bauens, konnte er im Zusammenwirken mit den Stadtbauräten Bruno Taut und Johannes Göderitz Wünsche nach neuen anderen Schulgebäuden verwirklichen, so zum Beispiel 1926 eine kindgerechte Garten-Versuchs-Schule in Rothensee (von Göderitz geplant), die Waldschule 1926/27 in der Lerchenwuhne im ehemaligen Außenfort VI, 1929 den Neubau einer Versuchsschule Magdeburg-West in der Schmeilstraße (heute „Oskar-Linke-Gemeinschaftsschule“ und den Neubau (verbunden mit einer älteren Volksschule) im Sedanring (heute Westring) als Berthold-Otto-Schule, nach dem Berliner Reformpädagogen benannt, beide im Stil des Neuen Bauens. Die Schule am Westring ist heute die IGS „Willy Brandt“.

Auch die Entwicklung der Volkshochschule war ihm ein wichtiges Anliegen. Mit Bruno Taut wollte er schon ab 1922 die traditionsreiche Kunst- und Gewerbeschule in der Brandenburger Straße zu einem Lehr- und Ausbildungsinstitut des Neuen Bauwillens entwickeln, sie scheiterten aber am Widerstand des Direktors Rudolf Bosselt, dem, obwohl auch er ein „Reformer“ war, Tauts Ideen zu weit gingen.

Selbstverständlich wurde Hans Löscher 1933 entlassen, konnte kurzzeitig noch eine Anstellung am Institut für Völkerkunde finden und zog nach Dresden. Nun wurde er Schriftsteller. Seine gesammelten Werke wurden 1975 in zwei Bänden herausgegeben. Die Schule im Westring wurde nach 1945 nach Hans Löscher benannt. Man wollte den verdienstvollen Pädagogen wieder in Magdeburg für das neue Schulwesen gewinnen. Wegen schwerer Krankheit musste er absagen. Er starb am 17. Mai 1946 in Dresden.

Die Schule in der Schmeilstraße hieß ab Dezember 1949 **Oskar-Linke**-Schule und ist derzeit die „Grundschule in der Schmeilstraße“. Es war eine der Reformschulen, die der Stadtschulrat Hans Löscher von 1922 bis 1933 einrichten konnte. 1929 wurde sie im Stil des Neuen Bauens von Johannes Göderitz und Konrad Rühl gebaut. 1931 wurde Oskar Linke Rektor dieser weltlichen Schule, die er schon 1927 mitgegründet hatte. Schon seit 1922 war er von Löscher als Lehrer an die Versuchsschule Wilhelmstadt im Sedanring berufen worden (heute Westring).

Oskar Linke wurde am 10. September 1886 im Kreis Sangerhausen geboren. Die Eltern waren Lehrer. Er besuchte die Präparandenschule und das Lehrerseminar in Weißenfels und war nach 1911 Volksschullehrer in Dörfern seines Heimatkreises und in Magdeburg. 1919 war er in die SPD eingetreten. Sein drei Jahre jüngerer Bruder **Karl Linke** war erst Dorfschullehrer im Mansfeldischen und dann in Magdeburg Fermersleben tätig. Beide gründeten 1919/20 die „Magdeburger AG sozialdemokratischer Lehrer“, deren Vorsitzender Hans Löscher war. Karl Linke wurde 1924 Rektor der Altstädter Sammelschule. Er stand Adolf Grimme, Franz Karsen und Richard Hanewald nahe, Mitgliedern des „Bundes entschiedener Sozialreformer“. **Adolf Grimme** war religiöser Sozialist, 1925 bis 27 Oberschulrat im Magdeburger Provinzialschulkollegium und 1930-32 preußischer Kultusminister, bis er 1933 amtsenthoben wurde. Von 1942 bis 45 saß er wegen Widerstands im Zuchthaus. 1946-48 war er Kultusminister in Niedersachsen, 1948 Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks. Seit 1961 wird der Adolf-Grimme-Preis für besondere Fernsehproduktionen verliehen.

**Richard Hanewald** war 1916-24 Lehrer an der Luisenschule und förderte zusammen mit seiner Frau die koedukative Berthold-Otto-Schulbewegung. 1924 wurde er Leiter der höheren Reformschule „Berthold Otto“. **Fritz Karsen** war 1912 bis 1918





Oberlehrer an der Magdeburger Realschule und förderte ab 1921 das Einheitsschulwesen in Berlin-Neukölln. Dort leitete Karl Linke 1927 die weltliche Volksschule. 1933 entlassen, ging er zusammen mit Karsen ins Exil nach Frankreich, kam 1936 zurück und arbeitete als Bibliothekar. Nach 1945 wurde Karl Linke Oberregierungsrat und Leiter des Volksbildungsamtes der Bezirksverwaltung Magdeburg. Von 1946 bis 1948 war er Abteilungsleiter im Ministerium für Volksbildung der Provinz Sachsen in Halle, dann Professor an der Pädagogischen Hochschule in Halle. 1950 floh er nach

Westberlin und wurde Schullektor in Wilmersdorf, wo er seine schulreformerischen Ideen wieder umsetzen konnte. Oskar Linke wurde 1933 nach kurzer Haft aus dem Schuldienst entlassen, lebte bis 1945 von einer kleinen Pension und als Gärtner und war Sprecher der Freireligiösen Gemeinden. Von der britischen Besatzungsmacht wurde er 1945 als Stellvertretender Bürgermeister von Magdeburg-Diesdorf eingesetzt und als Stadtschulrat, der als solcher auch von der SMAD im Juli 1945 übernommen wurde. Er konnte das Schulwesen neu organisieren und Kultur und Umwelt in der stark zerstörten Stadt nach den Möglichkeiten fördern. So initiierte er Instandsetzungstrupps, bestehend aus Lehrern, Schülern und Handwerkern, die beschädigte Schulgebäude so weit ausbesserten, dass ab dem 1. Oktober der Unterricht an 35 Schulen stattfinden konnte.

Obwohl er Kompromisse wegen seiner reformpädagogischen Vorstellungen mit den Schulbehörden einging, geriet er mit diesen in Konflikte. Er starb am 10.3.1949 in der Straßenbahn an einem Herzinfarkt.

Danach übernahm die 1946 von Oskar Linke zur Schulrätin in Magdeburg I und Schönebeck berufene Sozialdemokratin und Schulreformerin der 20er Jahre Margarete Behrens kommissarisch dieses Amt, 1949 folgte Heinrich Germer.

Nach **Heinrich Germer** ist in Magdeburg das zweitgrößte Stadion der Stadt (in der Sudenburger Salzmannstraße) benannt worden. Als Stadtschulrat wurde er 1949 Nachfolger von Oskar Linke.

Als Sohn eines Beamten am 18.8.1900 in Magdeburg geboren, besuchte er bis 1914 das Domgymnasium und erlernte bis 1920 in Eilenburg den Lehrerberuf, worin er

zuerst in Halle-Ammendorf tätig war. An der Universität in Halle studierte er ab 1922 Germanistik, Pädagogik und Psychologie bis Herbst 1925. Auch in Halle gab es viele Anhänger der Reformpädagogik und Germer wurde Lehrer an einer weltlichen Versuchsschule.

Ab 1933 stand er unter Beobachtung der nationalsozialistischen Schulbehörden, die 1935 zunächst in ein Lehrverbot für die scheinbar gefährlichen Fächer Geschichte und Erdkunde mündete. 1938 zu Kriegsübungen verpflichtet, wurde er 1939 zur Wehrmacht eingezogen.

Nachdem er im Juli 1945 aus britischer Kriegsgefangenschaft entlassen wurde, trat er im September in die SPD ein und wurde zum Rektor der 15. Volksschule in der Umfassungsstraße (heute Thomas-Müntzer-Gemeinschaftsschule) ernannt. Im März 1946 fügte er sich dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD und ließ sich mit zur SED vereinigen. Er betrieb die Neugründung der Volkshochschule, wurde im April 1946 kommissarisch und ab März 1947 offiziell Leiter der VHS und organisierte auch den Aufbau der Außenstellen in Schönebeck, Wolmirstedt, Burg, Genthin, Egel, Wanzleben und Haldensleben. Gleichzeitig wurde er Vorsitzender des Kulturbundes in Magdeburg und im Juli desselben Jahres Mitglied des Ausschusses für Volksbildung und Kultur, im Juli 1948 als Stadtrat der Dezernent für diesen Bereich mit Wiederwahl 1950. Hier leistete er Hervorragendes mit der Wiederbelebung der Städtischen Kultur: er förderte den Wiederaufbau des früheren Zentraltheaters zum Maxim-Gorki-Theater 1950, den Teil-Wiederaufbau des Kulturhistorischen Museums, richtete die Bezirksbibliothek ein, ließ die Gruson-Gewächshäuser instand setzen, gründete 1950 einen Tierpark im Vogelgesangpark – heute der Zoo u.v.a.m.

Nun musste der frühere Reformpädagoge aber erleben, wie ab 1950 in Behördenerlassen die Schulpolitik vom großen Vorbild der Sowjetpädagogik bestimmt und die Förderung der Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit der Schüler eher vernachlässigt wurde.

Heinrich Germer starb am 17. Juni 1952 in Magdeburg.

Nach **Hermann Gieseler** ist das wichtigste Bauwerk, das Bruno Taut mit Johannes Göderitz 1922 vor seinem Weggang aus Magdeburg noch fertigstellen konnte, die „Halle Land-und Stadt“ in Stadtfeld benannt. Das ist eine Stahlbetonskelettkonstruktion, die als Viehmarkthalle und für Ausstellungen gebaut

worden ist. In Architekturkreisen genießt dieser elegante Bau noch heute große Anerkennung. Die Halle wird seit den 50er Jahren, baulich verändert, wenn auch nicht verbessert, für Sportveranstaltungen genutzt. Somit wird der Name des Arbeitersportlers (seit 1903) und Gewerkschaftsfunktionärs mit den jahrzehntelangen sportlichen Wettkämpfen hoch geehrt.

Hermann Gieseler wurde am 23. Mai 1889 in Aschersleben als Sohn eines Maurers geboren und wurde Glaser. Seit 1908 war er Gewerkschafter in der Holzindustrie und trat 1909 in die SPD ein. Im I. Weltkrieg musste er nur von 1914 bis 1916 Soldat sein, dann holte ihn Hans Grade als Maschinenarbeiter, Dreher und Fräser in seinen Motorenwerke. Im Metallarbeiterverband war er Vertrauensmann, Betriebsratsvorsitzender und nahm 1921 an der 15. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Jena teil und wurde zum Revisor gewählt. 1922 bis 1925 war er ehrenamtlicher Vorsitzender des Turn- und Sportvereins Fichte in Sudenburg, einem von ca. 30 stadtreionalen Vereinen. Hermann Gieseler war 1926 Teilnehmer beim internationalen Turn- und Sportfest in Wien. Von 1933 bis 1945 war er illegal in der Sportbewegung tätig.

Nach dem II. Weltkrieg kam er wieder in die SPD- Stadtbezirksgruppe Friedrichstadt, setzte seine Arbeit als Gewerkschafter fort, wurde 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Öffentliche Betriebe, und im Oktober 1946 Vorsitzender des Kreisverbandes des FDGB in Magdeburg.

Bei einer Transportfahrt von Baumaterial für den Wiederaufbau des Gewerkschaftshauses am Ratswaageplatz verunglückte er am 25. August 1948 tödlich.

Bildquellen: Stadtarchiv Magdeburg und Stadtarchiv Magdeburg/  
Postkartensammlung „Anne-Marie und Johannes Lück“ der Stiftung Kunst und Kultur der Stadtparkasse Magdeburg (Bilder von Germer, Klees und Wille)

